Deutscher Frauenring e.V.

Green Economy: Intelligent in das Morgen

Bundesfachseminar
des Deutschen Frauenring e.V.

21.-22. Oktober 2012
Bildungszentrum Erkner

72

Die Grüne Reihe

Bundesfachseminar des Deutschen Frauenring e.V.

vom 19. bis 20. Oktober 2012 in Erkner

„Green Economy“

- Intelligent in das Morgen -

Ein Projekt des Deutschen Frauenring e.V.

gefördert durch

Impressum

Herausgegeben von: Deutscher Frauenring e.V.

Redaktion: Bundesgeschäftsstelle

Titelblatt: Gudula Hertzler-Heiler

Copyright by: Deutscher Frauenring e.V. Bundesverband,

Brandenburgische Straße 22, 10707 Berlin

Inhaltsverzeichnis

Inhalt

Vorwort des Präsidiums ..... - 4 -

Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität ..... - 5 -

Die ganze Ökonomie im Blick -

Zukunftsfähiges Wirtschaften aus feministischer Perspektive ..... - 13 -

Nachhaltigkeitsstrategien in der Energie- und Verkehrsplanung ..... - 29 -

Die Genossenschaft: Organisationsform für nachhaltiges Wirtschaften - Potenziale und Grenzen ..... - 36 -

Anlagen ..... - 41 -

Informationspapier 1 Geschichte der Nachhaltigkeit und des Rio-Prozesse * ..... - 42 -

Informationspapier 2 Ökonomie und Gesellschaft * ..... - 44 -

Informationspapier 3 Green Economy vor Ort * ..... - 47 -

Informationspapier 4 Gute Beispiele nachhaltiger Projekte vor Ort * ..... - 50 -

Informationspapier 5 Rio + 20 – Ergebnisse und Herausforderungen * ..... - 53 -

* erstellt im Auftrag des Deutschen Frauenring e.V. durch Frau Dr. Elisabeth Botsch

Vorwort des Präsidiums

Im Jahr 2012 hat der Deutsche Frauenring e.V. das Schwerpunktthema „Green Economy“ behandelt. Mit umfangreichen Informationspapieren wurde im Vorfeld des Seminars Grundwissen über die Materie vermittelt, die im Anhang dieser Dokumentation zu finden sind.

Höhepunkt und Abschluss des Jahresthemas war das Bundesfachseminar am 19. und 20. Oktober in Erkner bei Berlin. Unter dem Titel „*Green Economy – Intelligent in das Morgen*“ diskutierten mehr als 50 Teilnehmerinnen dieses hochaktuelle Thema. Nach dem für alle enttäuschenden Ergebnis der UN Konferenz in Rio (Rio+20) stellten sich viele die Frage, wie der Prozess erforderlicher Veränderungen wieder aufgegriffen werden kann und welche Herausforderungen sich für interessierte Bürgerinnen und Bürger stellen.

Das Seminar startete mit einem Einführungsvortrag von Daniela Kolbe, die als Vorsitzende der Enquete-Kommission des Bundestages zum Thema *Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität*, die Diskussionen und Lösungsansätze von Seiten der Politik schilderte.

Prof. Dr. Adelheid Biesecker**,** stellte den Teilnehmerinnen eine feministische Perspektive in der Ökonomie vor. Sie kritisierte das allgemeine Konzept zu Wachstum, Wohlstand und Lebensqualität, da dieses die unbezahlten - meist weiblichen - Tätigkeiten nicht mit abbildet. Als eine mögliche Lösung stellte sie das Konzept des „Vorsorgenden Wirtschaftens“ vor, das ohne Wachstumszwang danach strebt, Wachstum nach den Kriterien *Zukunftsfähigkeit* und *Gutes Leben* zu erreichen. Abschließend gewährte Frau Biesecker einen Überblick über die erforderlichen Voraussetzungen, ohne die solche Veränderungen nicht machbar wären.

Timon Wehnert stellte Nachhaltigkeitsstrategien in der Energieplanung vor und machte dies an Beispielen verschiedener kommunaler Projekte deutlich. Zudem plädierte er für Mengenbegrenzungen z.B. hinsichtlich Fleischkonsum oder Bereitstellung von Parkraum in den Städten. Er riet zum Perspektivwechsel, dadurch würden unpopuläre, aber wirksame Maßnahmen von der Bevölkerung möglicherweise nicht als Verzicht empfunden, sondern - durch die lebensverbessernden Begleitumstände - als Gewinn.

Abschließend referierte Dr. Andreas Eisen über Genossenschaften, die eine praktikable Organisationsform für nachhaltige Projekte unter BürgerInnenbeteiligung darstellen. Auch er stellte hierzu Projekte aus seiner Praxis vor, die verdeutlichten, dass das Engagement Einzelner und die Bündelung in der Genossenschaft ein großes Potenzial für dezentrale Nachhaltigkeitsprojekte darstellen und auch eine gute Alternative für kritische KapitalanlegerInnen sind.

Gudula Hertzler-Heiler

Mitglied des Präsidiums

Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität

Daniela Kolbe

Ich möchte mich Ihnen kurz vorstellen, ich bin Daniela Kolbe, 32 Jahre alt und seit 2009 Mitglied des Deutschen Bundestages. Ich stamme aus Leipzig und dort ist auch mein Wahlkreis. In Leipzig habe ich Physik studiert, das ist sozusagen der berufliche Hintergrund. Ich habe danach aber nicht als Physikerin gearbeitet, sondern in der politischen Bildung. Daran hängt mein Herzblut sehr stark. Ich habe mich sehr gefreut, als meine Fraktionsspitze mich gefragt hat, ob ich mir vorstellen könnte, den Vorsitz dieser Enquete-Kommission zu übernehmen. Das war eine bewusste Entscheidung, auch um zu sagen, dieses Thema gehört in die Hände von jungen Menschen, weil es hier um Zukunftsfragen geht, und da wurde es als Signal verstanden, eine junge Frau sozusagen auszuwählen, diese Enquete zu leiten und zu führen. Und ich habe mir vorgenommen, Ihnen heute ein bisschen eine Einführung zu geben, warum es diese Enquete eigentlich gibt, was sie sich vorgenommen hat und wo sie steht. Wir arbeiten dort im Bundestag vor uns hin, natürlich mit Output, aber dieser Kontakt zu den Interessierten, zu den Multiplikatoren und Multiplikatorinnen, der ist mit persönlich ganz wichtig und den muss man sich dann auch organisieren.

Daniela Kolbe wurde 1980 in Thüringen geboren und ist nach Abitur in Jena und Studium in Leipzig mit dem Abschluss Diplom-Physikerin in der Politik aktiv.
In den Jahren 2004 bis 2009 war sie Vorsitzende der Jusos in Leipzig und seit 2005 stellvertretende SPD-Vorsitzende des Stadtverbandes Leipzig.
Die Enquetekommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“, vom Bundestag als eine Reaktion auf die Finanzkrise ins Leben gerufen, wird von Daniela Kolbe geleitet

Ich steige jetzt ein und stelle Ihnen diese Enquete-Kommission, die im vollen und schönsten Titel „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der sozialen Marktwirtschaft“ heißt, vor. An dem Titel allein erkennen Sie schon ein Wesen von Enquete-Kommissionen, es geht um Kompromisse zwischen unterschiedlichen Fraktionen und auch unterschiedlichen Denkweisen. Entstanden ist die Enquete-Kommission im Schatten der Wirtschafts- und Finanzkrise, die der Politik ganz massiv vor Augen geführt hat, dass mit unserer Art des Wirtschaftens auf vielfache Weise etwas nicht stimmt. Wir haben eine Krise des Finanzsystems gehabt. Da sind Blasen entstanden, die vorher nach Wachstum des Bruttoinlandsprodukts zumindest in den USA aussahen und sich dann als Nichts entpuppten. Wir haben eine soziale Spaltung in der Gesellschaft, die zunehmend passiert, obwohl wir uns eigentlich wirtschaftlich ganz gut entwickelt haben. Wir haben eine Demokratiekrise. Viele Menschen haben diese Art der Politik satt, die vor allem wirtschaftlichen Interessen hinterher rennt, und wir haben natürlich die Klimakrise. Und an der Stelle haben SPD und Grüne beschlossen, die Initiative zu ergreifen für diese Enquete-Kommission. Die Analyse oder die Grundanalyse ist: wir haben uns als Politik zu lange auf einen Indikator verlassen, nämlich das Wachstum des Bruttoinlandsproduktes. Das ist in den Köpfen von vielen politisch Aktiven und eigentlich in allen Fraktionen der Indikator, der beschreibt, ob Politik gut funktioniert, ob sie wohlstandssteigernd

ist, oder, wenn das Wachstum eben ausbleibt, ist die Politik schlecht, und der Wohlstand in einer Gesellschaft wächst nicht. Das Bruttoinlandsprodukt ist, ich erlebe das auch im politischen Alltag, ganz zentral, es gibt eigentlich fast nur diesen einen Indikator, neben der Arbeitslosigkeit. Er ist so wichtig und dominant, er hat es auch in zahlreiche Gesetze geschafft, er hat es mittlerweile über die Schuldenbremse sogar in unser Grundgesetz geschafft. Also ein wirklich ganz zentraler Indikator. Frau Merkel, unsere Bundeskanzlerin, hat das im Jahr 2009 mal so ausgedrückt: „*Ohne Wachstum keine Investition, ohne Wachstum keine Arbeitsplätze, ohne Wachstum keine Gelder für die Bildung, ohne Wachstum keine Hilfe für die Schwachen“*. Und dahinter steht für uns Politikerinnen und Politiker und viele Menschen auch in der Gesellschaft die Idee, mit Wachstum gibt es das alles. Also mit Wachstum kriegt man eine soziale Gerechtigkeit hin, mit Wachstum kriegt man gute Arbeitsplätze hin, mit Wachstum bekommt man auch diese Umweltproblematik irgendwie in den Griff, weil man das dann schon über Innovationen alles geregelt bekommt. Ich spreche von dem Missverständnis der Gleichung *Wachstum ist gleich Wohlstand ist gleich Lebensqualität.* Und das ist uns so um die Ohren geflogen, und zwar mit einem so lauten Knall, dass es die meisten zumindest kurz auch verstanden haben. Wir sehen gerade, dass das schon wieder ein bisschen in Vergessenheit gerät. Aber nach diesem lauten Knall ist diese Enquete-Kommission auch entstanden, denn an vielen Stellen funktioniert diese Gleichung eben längst nicht mehr. Das Bruttoinlandsprodukt misst ja lediglich Waren- und Dienstleistungen, die in einer Volkswirtschaft hergestellt werden, das hat aber nicht unbedingt etwas mit Wohlstand zu tun. Und da komme ich schon zu einer Kritik am Bruttoinlandsprodukt, dass viele Dinge, die wohlstandssteigernd sind, wie etwa wenn jemand seine Kinder erzieht, aber sozusagen selbst erzieht, die werden im Bruttoinlandsprodukt ja überhaupt nicht mit einbezogen. Und viele Dinge, die wohlstandsmindernd sind, aber gekauft werden, die werden natürlich mitgezählt. Also wenn Sie ein Auto kaputt fahren und es sich danach reparieren oder ersetzen lassen, dann werden Sie nicht glauben, dass Ihr Wohlstand gestiegen ist, aber das Bruttoinlandsprodukt geht nach oben. Oder das klassische Beispiel, Sie stehen Montag morgens im Stau, das ist in keinerlei Weise wohlstandssteigernd, weil Sie sind genervt und Sie verbrennen Benzin, aber es ist Bruttoinlandsprodukt steigernd, weil Sie natürlich Benzin verbrennen, und das müssen sie ja kaufen. Es gibt aber noch andere Probleme mit diesem Nordpol, auf den die Politik geeicht ist, ja, dieser Automatismus, dass Wachstum eben automatisch bestimmte Aspekte bringt, funktioniert eben nicht. Wir sehen zum Beispiel, dass Wachstum nicht automatisch gute Arbeit bringt. Es ist schon so, dass man wirtschaftliche Prosperität braucht, um Arbeitsplätze oder das Arbeitsvolumen zu erhalten. Aber wir haben in der Vergangenheit immer wieder Phasen erlebt, wo wir Wirtschaftswachstum hatten, aber keineswegs gute Arbeitsplätze entstanden sind, das nennt man dann jobless growth, also sozusagen einen Wachstum ohne einen wirklich guten Effekt auf dem Arbeitsmarkt. Ich habe Ihnen mal die Zahlen mitgebracht, die sogar belegen, dass wir in der Vergangenheit Wachstum hatten und gleichzeitig eine Ausweitung von prekärer Beschäftigung. Zwischen 1993 und 2009 ist das Bruttoinlandsprodukt um 21 % gestiegen, ja, und die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Vollzeitbeschäftigten hat gleichzeitig

abgenommen, und zwar um 13 %. Und dieses Wachstum, dieses Wirtschaften, das wir hier produzieren, das führt nicht nur nicht automatisch zu Investitionen in Klimaschutz, sondern es führt zu massiven Klimaschäden und zu massivem Ressourcenverbrauch. Und wir haben es bisher nicht geschafft, das voneinander zu entkoppeln. Wir leben in einer Gesellschaft, die ganz massiv auf den Verbrauch von fossilen Energien und massivem Ressourcenverbrauch aufgebaut ist. Unser gesamter Wohlstand ist darauf aufgebaut, und wenn man sich das dann mal auf der Zunge zergehen lässt, was passieren würde, und was ja auch gerade passiert, dass andere Menschen in anderen Teilen der Welt unsere Art des Wirtschaftens und unser Verständnis von Wohlstand annehmen würden, was dann passieren würde, dann habe ich eine Zahl für Sie. Es gibt einen Indikator, der nennt sich der ökologische Fußabdruck, den kennen Sie. Der besagt, wir haben nur eine Erde, die hat eine Fläche und diese Erde hat eine gewisse Recyclingfähigkeit. Diese kommt mit CO2, die kommt mit Methan, mit anderen Emissionen klar, aber eben nur begrenzt. Das heißt, man hat nur eine begrenzte Fläche und jedem steht eigentlich nur eine begrenzte Fläche dann zur Verfügung, die er an Emissionen nutzen kann. Das wären im Moment etwa zwei Hektar. Dann gebe ich Ihnen mal die Zahl, was denn passieren würde, wenn alle Menschen auf dieser Welt, die wir im Moment haben, die sieben Milliarden, so leben würden wie die Deutschen, und wir Deutschen sind nicht die Schlimmsten. Jedenfalls bräuchten wir dann schon mehr als zweieinhalb Erden, um das nachhaltig hinzubekommen, das heißt, wir bräuchten zur Erde, der kleinen Kugel, die wir haben, noch anderthalb Erden dazu. Und schon jetzt übernutzen wir unseren Planeten ja, wie Sie wissen. Also, eine Riesenaufgabe, eine Riesenfrage und einfach nur zu sagen, wir müssen einfach wachsen, wird sicherlich nicht in die richtige Richtung führen. Im Gegenteil, dieses „Business as usual“ führt uns in den Abgrund, und dann kann ich als junge Frau nur sagen, wir müssen da ganz dringend umsteuern, nicht nur für meine Kinder und Enkelkinder, sondern auch schon für meine Generation, und vor allen Dingen für Menschen in anderen Teilen der Erde ist das eine ganz zentrale Aufgabe. Und dann ist mit diesem Wachstumsparadigma noch etwas anderes komisch. Die Politik sagt, wir brauchen Wachstum und dann geht es allen gut, wir haben Wohlstand, alle Menschen sind glücklich. Das ist beileibe eben nicht der Fall. Es gibt Untersuchungen z.B. in den USA, dass trotz steigendem Pro-Kopf-Einkommen der Anteil der Menschen, die sich selbst als glücklich und zufrieden einschätzen, eher konstant geblieben ist. Das heißt, bei steigendem materiellem Wohlstand, und der Wohlstand ist ja massiv gestiegen in den letzten Jahrzehnten, hat das auf das Glücksempfinden, das Zufriedenheitsempfinden von Menschen überhaupt keinen Einfluss mehr. Und das ist nicht nur in den USA so, das ist eigentlich in allen Industriestaaten so. Ab einem gewissen Level von materiellem Wohlstand gibt es Saturierungseffekte, man gewöhnt sich sehr schnell, es geht nicht mehr um die elementaren Dinge wie ein Dach überm Kopf und etwas zu Essen haben, sondern es geht darum, das größere Auto zu haben als der Nachbar und das schickere Handy. Erstens ist der Statuskonsum natürlich auch nicht nur etwas, was zufrieden macht, und wir haben eben Saturierungseffekte. Es geht auch in Industriestaaten plötzlich um andere Dinge, wenn es um Wohlstand geht. Es geht eben nicht nur um materiellen Wohlstand, sondern es geht um Zeitsouveränität, zum Beispiel Zeit mit

den Enkelkindern verbringen zu können, ist dann plötzlich wichtiger als Konsum. Es geht um solche immateriellen Dinge wie Gesundheit, Bildung und so weiter.

Es gibt noch ein weiteres Problem mit dem Wirtschaftswachstum, nämlich, dass es nicht mehr kommt, wie es manche Politiker gerne hätten, damit sich alle Probleme von selbst lösen. Betrachtet man die Wirtschaftswachstumsraten der letzten Jahrzehnte, dann ist dies eigentlich nicht weiter verwunderlich. Die Autoren des Club of Rome haben sich das noch anders vorgestellt, die haben geglaubt, dass es ein exponentielles Wachstum gibt und dann die Wachstumsraten gleich bleiben. Wenn wir große Wachstumsraten in China sehen, dann muss man eben auch zugestehen, dass dort das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf einfach noch deutlich niedriger ist, da sind 7% möglicherweise noch leichter zu erreichen als in so einer wirklich hochindustrialisierten reichen Gesellschaft wie Deutschland. Deshalb ist zu erwarten, dass unsere Wirtschaftswachstumsraten weiter sinken werden, alle in der Enquete sagen das, auf so etwa ein Prozent. Und es gibt auch Stimmen, die sagen, wenn man die Demografie mit einberechnet, sinkt das Wachstum möglicherweise sogar unter die Nulllinie. Jedenfalls ist um die Nulllinie herum eher realistisch.

Manche sagen dann, wenn das mit dem Wachstum so problematisch ist, lassen sie uns doch einfach schrumpfen, dann wird alles gut, dann verzichten wir eben alle. In der Enquete-Kommission ist das nicht der Tenor, sondern da sagen eigentlich alle, es geht nicht um diese Klischeefrage Wachstum ja oder nein, ist Wachstum gut oder böse, sondern es geht darum, die Frage zu stellen, was soll eigentlich wachsen, was soll schrumpfen, also was ist wohlstandssteigernd, was ist wohlstandsmindernd, und dabei konkrete politische Entscheidungen zu treffen. Denn so eine Postwachstumsökonomie hat auch große Risiken. So ist zu beobachten, dass man bei schrumpfender Wirtschaftsleistung mehr Arbeitslosigkeit hat, wie in einigen Staaten Europas gerade zu sehen. Aber der Staat hat auch Schwierigkeiten, Investitionen zum Beispiel in erneuerbare Energien zu tätigen, wenn man nicht massiv umverteilt. Das kann man natürlich als Staat dann immer noch machen. Aber bis auf eine Ausnahme, spannenderweise ein Sachverständiger der Union, der sagt, wir müssen uns womöglich ganz massiv drauf einstellen, dass wir eine schrumpfende Wirtschaft sehen werden, sagen alle in der Enquete, dass es darum geht, dass wir uns eben dieses selektive Wachstum anschauen. Wir müssen politische Entscheidungen fällen, wo wir wachsen wollen, wo wir schrumpfen wollen, und auch eben deutlicher machen, es gibt da Zielkonflikte, ja, also nicht jedes Wachstum ist gut. Wenn Wachstum zu prekärer Beschäftigung führt oder wenn Wachstum zu Umweltschäden führt, ist es eben nicht in Ordnung, und dann muss man sich als Politik auch mal dagegen entscheiden, und vor allen Dingen auch die internationale Dimension mit im Blick behalten.

Ja, jetzt hab ich viel über die Enquete gesprochen, vielleicht noch kurz, was ist eigentlich eine Enquete? Eine ganz tolle Geschichte, würde ich sagen. Also, in der Politik sind wir ja ganz massiv im Hamsterrad drin, tagespolitische Themen geben sich einander die Hand, und eine Enquete-Kommission ist in vielerlei Hinsicht eine erholsame Geschichte im parlamentarischen Betrieb, weil wir überfraktionell arbeiten. Das heißt, wir versuchen interfraktionelle Konsense hinzubekommen. Wir haben externen Sachverstand dabei. Wir arbeiten an

Themen, wo niemand den Weg schon hat. Es gibt noch keine wirklichen Ergebnisse, sondern wir arbeiten an Themen, wo wir neue gesellschaftliche Konsense erarbeiten müssen, und wir haben ein bisschen mehr Zeit. Also wirklich eine ganz tolle Geschichte, ich schätze das sehr, die Arbeit dort. Die Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ hat 34 Mitglieder, davon 17 Abgeordnete und 17 externe Sachverständige., Für Sie ist es möglicherweise etwas schmerzhaft zu hören, für mich war das auch ein Schock, dass von diesen 17 externen Sachverständigen 15 Männer sind. Und wir sind mit 17 Männern gestartet, also mit null Frauen beim externen Sachverstand. Das hat auch einige Aufregungen hervor gerufen, zu Recht, wie ich finde, weil da jede Fraktion für sich geguckt hat, wen wollen wir entsenden, und herausgekommen ist, dass alle irgendwie nur Männer entsenden wollten, auch Fraktionen, von denen man das eigentlich nicht erwartet hätte. Wir arbeiten in fünf Projektgruppen zusammen, die

unglaublich umfassende Themen zu bearbeiten haben. In einer Projektgruppe sollen wir uns, darüber habe ich jetzt gerade schon ein bisschen ausführlicher geredet, über den Stellenwert von Wachstum in Wirtschaft und Gesellschaft austauschen. Dazu kann ich Ihnen schon das Ergebnis sagen. Das Ergebnis ist, dass wir da nicht wirklich zu einem Konsens kommen. Das wird Sie möglicherweise nicht verwundern, wir sind eben nach dem großen Knall gestartet, danach hat eine Fraktion des Deutschen Bundestages, die FDP, Wachstum wieder zu ihrer Kernmarke gemacht, das macht einen Konsens da einfach unglaublich schwer. Weiterhin sollen und wollen wir eine ganzheitliche Wohlstandsmessung installieren. Wenn wir bisher als Politik doch ganz massiv wie einen Kompass das Bruttoinlandsproduktwachstum hatten, dann hatte dieser Kompass ja zwei Schwächen. Erstens, er hat in die falsche Richtung gezeigt, und, zweitens, er hat unseren Blick verengt, weil eben Wohlstand deutlich mehr ist als wirtschaftliche Prosperität. Und wir versuchen, eine neue Wohlstandsmessung zu installieren und sind auf einem guten Weg, aber dazu später mehr. Die dritte Projektgruppe beschäftigt sich mit der Frage, wie bekommen wir es denn nun wirklich hin, in unserer Volkswirtschaft Wachstum und Ressourcenverbrauch zu entkoppeln, obwohl wir wirtschaftlich möglicherweise weiter eine Dynamik haben, deutlich weniger Ressourcen zu verbrauchen, deutlich weniger Energie. Auch dazu später noch Details. Und dann haben wir noch zwei Projektgruppen, die jetzt gerade richtig erst ins Arbeiten gekommen sind. Die eine beschäftigt sich mit Ordnungspolitik, der Frage also, wie bekommen wir es hin, dass bestimmte Wirtschaftsbereiche sich tatsächlich auf Nachhaltigkeit umorientieren, und zwar anhand von zwei Branchen. Dies ist einmal die Finanzwirtschaft, was kann die dazu beitragen, dass wir mehr Nachhaltigkeit in unserer Gesellschaft bekommen, und was muss Politik tun, damit es nachhaltiger zugeht. Und zum zweiten ist es die Chemieindustrie als eine Branche, die eben sehr ressourcenintensiv ist, aber bei der auch Technologiesprünge zu erwarten sind. Auch da ist die Frage, wie können wir die auf Nachhaltigkeit trimmen, ohne dass die Chemieunternehmen Deutschland als Produktionsstätte und Arbeitgeber den Rücken kehren. Das ist die Frage, mit der sich dort beschäftigt wird. Und die fünfte Arbeitsgruppe beschäftigt sich mit der Frage Nachhaltigkeit im Bereich Arbeitswelt. Also wie bekommen wir

wieder eine Arbeitswelt hin, die menschengerechter ist. Wir sehen ja, dass auch gerade im Arbeitsleben wir ganz massiv entweder im Hamsterrad stecken und immer höher, schneller weiter müssen, oder komplett aus der Arbeitswelt ausgeschlossen sind. Also wie bekommt man diese Arbeitswelt menschengerechter und altersgerechter hin? Und dann ist da noch die große Hundert Millionen Euro Frage: wie bekommen wir es als Politik hin, dass Menschen sich nachhaltiger verhalten und nachhaltiger konsumieren? Und das ist eine ganz spannende Frage, weil wir als Menschen ja sehr inkonsistent sind in dem, was wir tun. Auf der einen Seite wollen wir uns alle vernünftig verhalten, viele wollen dann nur noch Öko und Bio kaufen, und wenn ich dann vorm Biosupermarkt stehe, dann sehe ich, okay, ganz viele kommen mit ihrem großen Auto angefahren, um dort ihren Einkauf zu organisieren. Und das kann man ja an vielen Stellen noch fortsetzen. Also selbst diejenigen, die guten Willens sind, sind ja nicht immer konsistent in ihrer Art des Lebensstils und des Konsums. Aber was soll die Politik da tun, was darf die Politik an der Stelle tun, das ist die große Frage.

Kommen wir zurück zur Wohlstandsmessung. Wir sind sozusagen auf der Suche nach der eierlegenden Wollmilchsau. Stieglitz hat allerdings recht, wenn er sagt, was wir messen, beeinflusst, wie wir handeln. Also die Politik braucht Zahlen, braucht Rückkoppelung, wie es in der Gesellschaft ist. Wir wollen wissen, was in der Gesellschaft vorgeht. Wir wollen uns natürlich aber auch einordnen können, ist Deutschland jetzt besser oder schlechter als Frankreich, Großbritannien usw. Also, es soll international vergleichbar sein. Was wir machen, soll dann außerdem noch öffentlich wahrgenommen werden. Sie sollen also dann wissen, wenn ich über so ein Wohlstandsmaß spreche, wovon ich spreche und ob wir besser oder schlechter geworden sind. Die Politik sollte es natürlich auch kennen, und am besten soll es noch ein Prognoseinstrument sein, also uns erzählen, sind wir auf dem richtigen Weg, wie wird das zukünftig, und möglicherweise soll es auch Einfluss in Gesetze finden. Also schwierig, das alles in eine Wohlstandsmessung hinein zu organisieren. Konsens ist, dass wir so was brauchen. Alle Fraktionen sagen, wir wollen eine alternative und breitere Wohlstandsmessung haben, wo nicht nur Wirtschaft mit drin ist, sondern auch ganz viele andere Aspekte endlich mal in den Fokus der Politik kommen. Wir wollen uns dazu einen Indikatorensatz organisieren. Ich gebe zu, dass ich persönlich lieber einen Composite Indicator hätte, aber das nehmen Sie jetzt nur als Einzelmeinung hier zur Kenntnis. Also wir werden einen Indikatorensatz bauen, der aus drei Säulen besteht: einmal weiterhin materieller Wohlstand, dann Soziales und Teilhabe und die dritte Säule ist Ökologie, also ökologische Nachhaltigkeit. Für Sie als Frauenring könnte interessant sein, dass wir im materiellen Wohlstand auch eine Messung von nicht marktgehandelten Dingen berücksichtigt haben. Es wird dann immer zentrale Indikatoren geben, die sich in Leitindikatoren und Warnlampen unterscheiden. Sie können sich das wie im Auto vorstellen. Es gibt Leitindikatoren, also Dinge, die Sie immer präsent haben, etwa den Tacho, also wie schnell Sie unterwegs sind, oder den Benzinstand, also wie weit kommen Sie noch, das sind dann diese Leitindikatoren. Und zusätzlich soll es Warnlampen geben. Das sind Indikatoren, die man sich nur anguckt, wenn sich da was bewegt oder wenn sich da dramatisch was verändert. Das wäre sozusagen der Ölstand in Ihrem Auto. Der blinkt ja nur, wenn Sie sich darum kümmern müssen. Und eine der

Warnlampen soll eben werden, verändert sich was in den nicht marktgehandelten Dienstleistungen, also Ehrenamt, ob das geleistet wird, Kindererziehung, also Care-Arbeit und dergleichen. Warum ist das nur eine Warnlampe? Weil wir das Problem in Deutschland haben, dass es da nur schwer Daten gibt. Das haben wir auch schon kritisiert und möglicherweise wird das auch noch geändert. Aber das statistische Bundesamt erhebt nur alle zehn Jahre eine Zeitbudgeterhebung, das heißt, es guckt nur alle zehn Jahre, wie verbringen die Menschen eigentlich ihre Zeit, und errechnet dann daraus, wie viel Care-Arbeit gibt es eigentlich unbezahlt. Aber wir finden das wichtig, weil Care-Arbeit und Ehrenamt natürlich wohlstandssteigernd sind, aber in der bisherigen Betrachtung ja nicht vorkommen.

Ein paar Sätze zur Säule Soziales. Dort haben wir mehrere Indikatoren, aber das ist noch nicht festgeklopft, wir sind dazu noch am Sammeln, und werden dann einige wahrscheinlich wieder rauswerfen, weil es zu viele sind. Also, als Leitindikatoren wollen wir uns die Beschäftigungsquote anschauen und nicht immer nur auf die Arbeitslosenquote gucken, die ja auch durchaus geschönt ist von der einen oder anderen politischen Entscheidung. Wir wollen, und das hat mich sehr gefreut, dass das alle Fraktionen so sehen, endlich auch die Verteilung von Einkommen viel stärker in den Fokus rücken, weil es da in den letzten Jahren in Deutschland massiv auseinander gegangen ist. Es muss ein politisches Ziel sein, da wieder eine gerechtere, eine gleichere Einkommensverteilung hinzubekommen. Aus dem Bereich Gesundheit ist es im Moment die Lebenserwartung und aus dem Bereich Bildung die Quote des Sekundarabschlusses II bei 20- bis 24-Jährigen. Als Warnlampen haben wir die Unterbeschäftigungsquote noch mal aus dem Bereich Arbeit, weil wir ja sehen, dass gerade Frauen ganz massiv zwar arbeiten, aber wenn man sie fragt, arbeiten sie weniger, als sie gerne wollen, dann sagen eben viele Frauen, ja, ich arbeite deutlich weniger, als ich eigentlich will. Das kommt dann in dieser Unterbeschäftigtenquote noch mal mit zum Ausdruck. Die Vermögensverteilung, die gesunden Lebensjahre und die Teilnahmequote an Weiterbildung, das sind so Warnlampen, die wir gerade diskutieren. Weiter läuft derzeit eine spannende Diskussion, und ich persönlich würde mich freuen, wenn wir zumindest als Warnlampe den Gender Pay Gap noch rein bekommen, also sozusagen der Unterschied der Entlohnung von Männern und Frauen, auch weil wir da ja keine rühmliche Rolle spielen und eins der Schlusslichter in Europa sind, was ich verheerend finde. Und es wäre ja auch mal schön, wenn eine Warnlampe angeht, wenn sich mal was zum Positiven entwickelt. Und es kann ja fast nur positiver werden an dieser Stelle.

Noch was zur Projektgruppe drei. Zur Erinnerung, das war die, die sich mit der Frage Ressourcenverbrauch beschäftigt. Rebound ist vorhin schon als Begriff gefallen. Dazu will ich gleich noch was sagen. Aber eine der Erkenntnisse der Projektgruppe drei ist, dass sie in der Analyse sehr weitgehend auch fraktionsübergreifend einig sind, und zwar, dass wir dringend politisch umsteuern müssen. Dass wir, wenn wir so weitermachen wie bisher, das 2-Grad-Ziel einfach grandios verfehlen werden, dass wir unseren Planeten an verschiedenen Stellen schon übernutzen, gerade im Bereich Klima, aber auch im Bereich Stickstoffkreislauf und im Bereich Biodiversität, also wir haben ein

Artensterben, das durch uns Menschen massiv beeinflusst ist. Und die Erkenntnis dort in der Projektgruppe ist, dass wir nicht auf Preissignale warten dürfen. Wir haben einfach zu viele Ressourcen in unserer Erde noch drin stecken, als dass es politisch vernünftig wäre, zu sagen, der Markt regelt das schon, das Erdöl wird knapp, und dann werden halt alle vernünftiger. Das ist mitnichten so. Wir sehen an vielen Stellen der Erde schon jetzt eine Renaissance der Kohle, die einfach noch massiv vorhanden ist. Wir sehen in den USA, dass massiv Erdgas über Fracking, ja, und Schiefergas eben vorhanden ist und plötzlich wieder Anlagen ans Netz kommen, die einfach himmelschreiend ineffizient sind, weil sich das plötzlich wieder lohnt. Also sozusagen gerade was die Klimafrage angeht, ist es dringend notwendig, sich die Commons anzusehen, die eigentlich allen gehören, aber für die man nicht bezahlen muss. Und die zu schützen, das muss ein vordringliches Ziel sein. Und die dritte Erkenntnis der Projektgruppe, und darüber besteht Konsens, ist, dass Effizienzsteigerungen uns nicht retten werden, sondern dass wir durch reine Effizienzsteigerungen einige Sachen aus dem Blick verlieren, und da kommt der Rebound ins Spiel. Betrachten wir uns den Energieverbrauch, dann denkt man sich, wenn wir effizienter werden, dann senken wir doch unseren Energieverbrauch. Die Realität sieht allerdings so aus, dass man indirekte und direkte Reboundeffekte hat. Dies bedeutet: Die Automobilindustrie baut ja immer effizientere Motoren, Sie kaufen sich ein Auto, das weniger Sprit verbraucht. Und was sieht man als Effekt? Die Menschen fahren mehr Kilometer. Das ist sozusagen so ein Rebound-Effekt. Also man sieht dann wirklich, die Menschen fahren alle im Schnitt mehr Kilometer oder sie kaufen sich Autos, die schwerer sind oder die mehr Schnickschnack drin haben und an anderer Stelle Ressourcen verbrauchen. Und man hat Backfire Effekte. Gemeint ist das, was Menschen an Ressourcen freibekommen, weil sie effizientere Produkte kaufen, sie an anderer Stelle einsetzen und dann womöglich noch mehr Schaden anrichten oder mehr Emissionen verursachen, als sie es vorher gemacht hätten. Herr Ott, der Leiter der Projektgruppe, nennt da immer das Beispiel der Familie, die ihr Haus dämmt oder ein ganz tolles Haus baut, ein Null-Emissions-Haus, und sich sehr freut, und dann als Belohnung mit der ganzen Familie nach Jamaica in den Urlaub fliegt. Das ist wieder sozusagen so eine Frage von sehr inkonsistentem Verhalten. Ja, das sind so die Zwischenergebnisse der Projektgruppe drei. Die sind gerade dabei, darüber zu diskutieren, was für Empfehlungen sie aus diesen Erkenntnissen dann der Politik mit auf den Weg geben. Das wird ein ganz interessanter Prozess, weil sie sich natürlich vorstellen können, dass da die Fraktionen ganz unterschiedliche Auffassungen haben. Die Regierungsfraktionen sind eher der Auffassung, dass die Lösung dieser Probleme alle auf der globalen Ebene zu finden sind. Dort sind sie natürlich auch zu finden, ja, wir brauchen globale Vereinbarungen. Aber wenn wir selber nicht anfangen voranzugehen, wie wir das ja schon beim Gesetz für erneuerbare Energien gemacht haben mit unserer Energiewende, wenn wir nicht Vorreiter sind, wenn andere Länder nicht Vorreiter sind, das ist meine persönliche Überzeugung, dann wird das alles sicherlich nichts. Und ich hoffe, dass auch die Regierungsfraktionen in diesem Bereich noch ein bisschen umsteuern und ein bisschen stärker politische Maßnahmen mit tragen, die wir als Deutschland oder die wir als Europa dringend angehen müssen. Und da geht

es tatsächlich auch um den Geldbeutel, da geht es um Besteuerung, da geht es um Zertifikate und dergleichen mehr, und da bin ich sehr gespannt, was dabei rauskommt.

Die ganze Ökonomie im Blick - Zukunftsfähiges Wirtschaften aus feministischer Perspektive

Prof. Dr. Adelheid Biesecker

Mit meinem Vortrag möchte ich Ihren Blick weiten. Wir haben ja bereits von der Enquete-Kommission gehört. Ich habe am Montag an einer Sitzung teilgenommen, und ich muss feststellen, der Blick dort ist zu eng. Ich möchte ihn weiten auf das Ganze, deswegen auch mein Titel, ‚Die ganze Ökonomie im Blick'. Ich beginne mit einem Zitat von Christa Wolf, die ich sehr schätze. Christa Wolf hat gesagt oder gefragt: „Wie wäre die Auflösung der perversen Koppelung - die wir heute haben - von Produktivität und Zerstörung noch denkbar?" Dahinter steckt die These: So, wie wir heute produzieren, wird gleichzeitig etwas zerstört, und wenn wir weiterdenken, dann folgt die Frage, wie können wir weiter produzieren, und ich sage gleich dazu, auch konsumieren, ohne solche Zerstörung. Der Frage möchte ich nachgehen und habe deshalb meinen Vortrag folgendermaßen gegliedert:

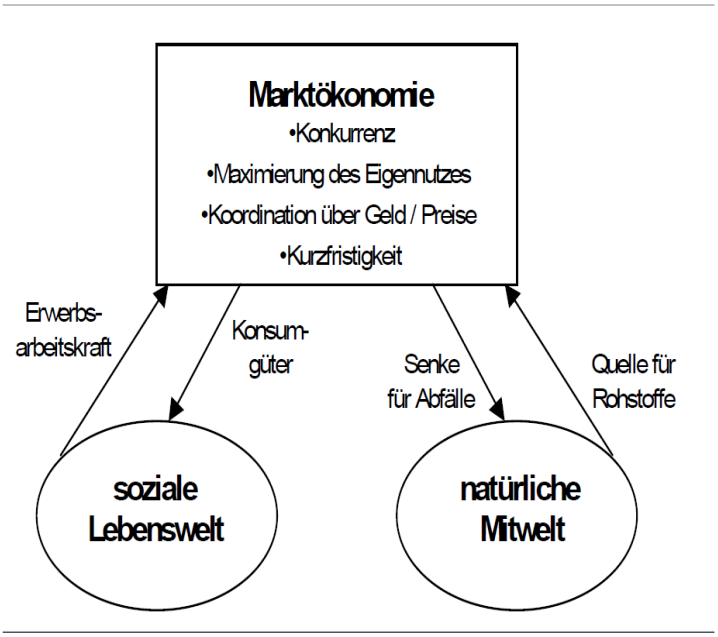
- Zunächst erkläre ich, warum eine feministische Perspektive wichtig ist, auch wenn es ja manchmal ein abschreckendes Wort ist.
- Anschließend frage ich kurz, was ist zukunftsfähig?
- Dann folgen meine Vorstellungen von einem Vorsorgenden Wirtschaften
- Die Frage zur Green Economy schließt sich daran an: Was heißt das eigentlich und was sind die Herausforderungen, wenn wir über Green Economy sprechen?
- Schließen werde ich wieder mit Christa Wolf.

Prof. Dr. Adelheid Biesecker, wurde 1942 in Berlin geboren und hat nach dem Abitur an der FU Berlin Volkswirtschaftslehre studiert und promovierte 1969 zum Dr. rer.pol.. Ab 1971 bis zu Ihrem Ruhestand 2004 war sie als Professorin für „Ökonomische Theorie unter Berücksichtigung ihrer Gesellschaftshistorischen Entstehungsbedingungen" an der Universität Bremen (Fachbereich Wirtschaftswissenschaft) tätig. Seitdem ist sie mit vielfältiger Vortragstätigkeit und Veröffentlichungen beschäftigt. Ihre Arbeitsschwerpunkte sind: Geschichte ökonomischer Theoriebildung, Mikroökonomie aus sozial-ökologischer Perspektive, Ökologische Ökonomie, Feministische Ökonomie und Zukunft der Arbeit.
Adelheid Biesecker ist Mitglied im Netzwerk Vorsorgendes Wirtschaften, in der Vereinigung für Ökologische Ökonomie (VÖÖ) und im wissenschaftlichen Beirat von Attac Deutschland.

1. Wozu eine feministische Perspektive?

Eigentlich ist das schon dadurch klar geworden, dass ich die Perspektive vom Ganzen wähle, denn ich bin Ökonomin und es gibt den Begriff des Mainstream der Ökonomie, also des Hauptstromes sozusagen, der alle Fragen von Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität ausschließlich auf den Markt konzentriert. Dies wurde schon deutlich beim Sozialprodukt, das umfasst alle für den Markt produzierten Güter und Dienstleistungen, aber nichts anderes. Was da nicht in den Blick gerückt

wird, sind ausgegrenzte Tätigkeiten, wir haben schon darüber gesprochen: einerseits die unbezahlte Sorgearbeit, Care, auch das, was wir heute Subsistenz- und Eigenarbeit nennen, aber auch andererseits die Natur mit ihrer Produktivität. Beides gilt als Nicht-Ökonomie und wird damit von diesem engen ökonomischen Blick überhaupt nicht erfasst. Ich verweise hiermit auf eine Quelle: Ich habe zusammen mit zwei Kolleginnen eine Studie für die Enquete-Kommission durchgeführt, diese erfolgte aus feministischer Perspektive, in der Hoffnung, dass so deutlicher wird, wie man den Blick weiten muss.[1]



Ich möchte noch genauer auf die feministische Perspektive eingehen. Diese Ausgrenzung, von der ich spreche, ist kein Zufall. Wir können nicht einfach sagen, wir ziehen die Grenzlinie anders, und dann ist alles gut so. Wir haben eine Ökonomie, die im Grunde das Ausgegrenzte braucht, um zu funktionieren. Das ist eigentlich das Zentrale, was wir auch weltweit beobachten können. Die Globalisierung zeigt, wir tragen unsere Ökonomie in die ganze Welt und eignen uns an anderer Stelle nicht-kapitalistische Bereiche an. Das geht heute so weit, dass wir ganz konkret sagen, es gibt eine Welle der Landnahme, ganz entscheidend zum Beispiel in Afrika. Insofern ist es kein Ausrutscher, sondern es ist eine Frage des Systems. Ich habe eine kleine Skizze gemacht, damit wir das Gesagte ein bisschen plastischer haben.

Wichtig ist mir, deutlich zu machen: Dieses Ökonomiebild ist eines, wo die Marktökonomie im Mittelpunkt steht, und wo die beiden anderen abgespaltenen Bereiche, die eigentlich die Basis sind, nicht in die ganzen ökonomischen Gedanken hineingetragen werden. Auch nicht, das kann ich sagen, in die Enquete-Kommission. Das bedeutet, dass, wenn wir von Ökonomie sprechen, wir von dem sprechen, was am Markt passiert. Da geht es um Konkurrenz, es geht um Maximierung von Nutzen der Konsumenten oder vom Profit der Produzenten. Es geht um Kurzfristigkeit, es soll alles möglichst schnell sein. Wenn Sie heute Bilanzierungsvorschriften sehen, jedes Vierteljahr müssen z. B. Bilanzen vorgelegt werden- es wird alles beschleunigt. Das sind die Prinzipien, nach denen heute in der Ökonomie gehandelt wird und nach denen auch die anderen beiden genannten Bereiche bearbeitet werden. Wenn ich weiter diese beiden Pfeile in die soziale Lebenswelt

[1] Biesecker, Adelheid/ Wichterich, Christa/ v. Winterfeld, Uta (2012): Feministische Perspektiven zum Themenbereich Wachstum, wohlstand, Lebensqualität. Hintergrundpapier. Deutscher Bundestag, Enquete-Kommission Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität, Kommissionsmaterialien M-17(26)23, 18.9.12

und die natürliche Mitwelt gezeichnet habe, wird gegenüber der Natur deutlich, wie das Naturverhältnis ist, was dahinter steckt: Natur liefert die Rohstoffe und nimmt die Abfälle auf. Und deutlich wird das, was wir heute damit machen: wir nutzen die Natur für unsere Zwecke. Frau Kolbe hat gesagt, die Erde wird ein durchlöcherter Käse sein, das ist die eine Sache. Gleichzeitig wird sie ein sehr schmutziger Käse sein, das ist die andere Sache. Und von der sozialen Lebenswelt, ja, da sind die Konsumenten und Konsumentinnen, die nehmen die Güter sozusagen ab, sie liefern aber auch die Arbeitskräfte. Wenn diese zum Beispiel arbeitslos sind, werden die wohin geschickt? Nach Hause. Dann kümmert sich der Markt nicht mehr um sie.

Ich gehe noch weiter auf diese Trennungsstruktur ein, um deutlich zu machen, was unsere Aufgabe ist. Einerseits wird gesagt, das, was abgeteilt ist, ist nicht produktiv, sondern bestenfalls „reproduktiv“. Zu dieser Produktions-/Reproduktionsdifferenz gibt es eine lange Debatte in der feministischen Wissenschaft. Aber im Mainstream wird gesagt, nur was am Markt passiert, ist produktiv, ist wertvoll, ist wichtig, und was jenseits passiert, wird nicht als produktiv angesehen, und das sind im Grunde die Naturproduktivität und die Produktivität aller Arbeiten jenseits des Marktes. Zum anderen ist diese Trennung hierarchisch. Der Markt steht sozusagen über allem. Was am Markt passiert, ist wichtig, steht im Mittelpunkt, das andere im Schatten. Und damit ist die Trennung auch geschlechtshierarchisch, weil die Arbeit jenseits des Marktes noch zum überwiegenden Teil Sache der Frauen ist. Auch die inzwischen am Markt angebotene Sorgearbeit, das wissen wir auch. Da diese hierarchische Trennung eine Abwertung der außermarktlichen Care-Ökonomie bedeutet, wird die innermarktliche Care-Ökonomie genauso schlecht bewertet. Das ist kein Zufall, das hat mit dieser Struktur zu tun. Die Marktökonomie in ihrer heutigen kapitalistischen Form braucht diese beiden Bereiche – die unbezahlte Sorge-Arbeit und die ökologische Natur – für ihre alltägliche Funktionsweise. Kapitalverwertung im Markt ist nicht möglich, ohne dass ständig aus der Natur etwas geholt und weggegeben wird, ohne dass ständig die unbezahlte Sorgearbeit gebraucht wird, allein, um die Arbeitskraft wiederherzustellen. Das ist das Problem, diese beiden Bereiche werden nach der Rationalität des Marktes behandelt und ständig gebraucht.

Diese Ökonomie versteht sich sozusagen als autonom, als unabhängig von diesen beiden anderen Bereichen. Sie wird über Preise und Konkurrenz koordiniert. Und mit Arbeit ist immer ausschließlich Erwerbsarbeit gemeint, und das gilt auch in der Enquete-Kommission, das muss ich leider so sagen. Die Aussage, es geht um das Ganze der Arbeit, ist in der Kommission bisher nicht unterzubringen, obwohl jenseits des Marktes, das wissen wir alle, weltweit zwei Drittel aller Arbeiten geleistet wird. Und wenn ich eben sagte, die Ökonomie scheint autonom zu sein, dann scheint sie es eben nur, sie ist abhängig von den beiden anderen Bereichen. Und weil das nicht gesehen wird, werden diese rücksichtslos ausgenutzt.

Ich will noch ein bisschen weiter bei dieser Kritik verweilen, die ich wichtig finde, um zu bestimmen, um welche Aufgabe es geht, und zu fragen, was ist denn eine Green Economy, die sich von dieser Ökonomie unterscheidet?

Der Mensch wird in der ökonomischen Theorie als homo oeconomicus

bezeichnet. Wir alle sind Homines oeconomici: wir handeln allein in unserer Güterwelt, wir maximieren unseren Nutzen, wir sehen die Preise, wir haben Einkommen und wir haben eine Nutzenfunktion. Jede von Ihnen kann ich einfach durch ihre Nutzenfunktion zeichnen, und der Kollege, der das vor mehr als hundert Jahren entdeckt hat, hat sinngemäß gesagt: die Menschen können den Raum verlassen, Sie können also alle gehen, Sie müssen mir nur ihre Nutzenfunktion hier lassen. Dann kann ich für jede von Ihnen den Maximierungspunkt – den Punkt Ihres maximalen Nutzens – ausrechnen. So sind wir in dieser Ökonomie modelliert und für die ökonomische Wissenschaft ist das deshalb wichtig, weil so alles berechenbar wird. Wenn Sie heute anfangen, Ökonomie zu studieren, studieren Sie die Hälfte davon Mathematik. Seit einigen Tagen gibt es einen neuen Ökonomienobelpreis (einen so genannten, Denn er ist der von der schwedischen Bank nachgemacht). Einer der ausgewählten Preisträger sagte– er ist Mathematiker – ‚er habe sich noch nie mit ökonomischen Problemen beschäftigt. Das nur kurz am Rande, um deutlich zu machen, alles wird errechenbar.

Die Lebensprozesse sind in diesem Ökonomiebild ein Mittel für Marktzwecke. Und was von diesen Lebensprozessen in den Markt hineingezogen wird, auch: also heute Teile der Sorgearbeit oder auch ein Teil der Natur, der zu Eigentum gemacht wird und dann über Märkte verkauft wird. Als Beispiel nenne ich hier Öl, das beispielsweise in Saudi Arabien aus der Erde geholt dadurch zu Eigentum wird und dann vermarktet wird. Wir leben nach diesen Marktprinzipien, nach diesen Maximierungsprinzipien der Individuen und nicht nach der Frage, wie kann die Natur regenerieren, wie kann sie ihre Produktivität wieder herstellen.

Und damit komme ich zum Punkt Wohlfahrt. Gesellschaftliche Wohlfahrt entsteht, das hat Frau Kolbe schon gesagt, in der allgemein vorherrschenden Vorstellung auch nur über Marktprozesse und über nichts anderes. Dieses Sozialprodukt drückt die Summe der in Preisen bewerteten Güter und Dienstleistungen pro Periode aus. Wenn es steigt, dann steigt die Wohlfahrt. Daneben gibt es heute aber einige alternative Indikatoren. Berücksichtigt man diese, dann sieht man, dass alle Industrieländer seit Anfang der 70er Jahre schrumpfen, während das Sozialprodukt weiter nach oben geht. Das Sozialprodukt sinkt aber, wenn man die sozialen und ökologischen Kosten abzieht, überall. Das heißt, unsere Wirtschaft wächst schon lange nicht mehr, das ist eine Illusion.

Die Rationalität dieses Systems lässt sich somit mit Maßlosigkeit und Sorglosigkeit beschreiben. Was meine ich damit? Das Maß für eine gelungene ökonomische Leistung ist der Gewinn oder Profit, es geht darum, diesen Gewinn zu erhöhen, zu maximieren. Wir haben seit Mitte der 90er Jahre das Konzept des so genannten Shareholder Values, das ist auch so ein Element der neoliberalen Globalisierung, auch in der ökonomischen Theorie existierte es vorher nicht. Ein Kollege, der jung aus Oxford kommend an die Uni Bremen berufen wurde, sprach in seiner Antrittsvorlesung erstmals von seiner neuen These, die lautete: Man muss sich um die Interessen der Aktionäre kümmern, denn alle anderen haben Interessenvertretungen wie die Gewerkschaft. Heute wird häufig, gerade bei den großen Unternehmen, eine bestimmte Höhe dieses Shareholder Values vorgegeben, ich sage mal zwölf, fünfzehn Prozent, und das muss erwirtschaftet werden. Das Maß für

gelungene Ökonomie ist praktisch diese Rate, man gibt Hundert hinein und es sollen bitte Hundertfünfzehn wieder heraus kommen. Warum ist das maßlos? Es ist maßlos, weil es kein qualitatives, sondern nur ein quantitatives Maß ist. Geld soll mehr Geld werden, dieses Mehr bezieht sich nur auf Geld. Es ist selbstbezüglich und hat eben keinerlei Maß gegenüber den Gebrauchswerten, gegenüber dem,, was wir als nützlich ansehen beispielsweise. Damit verbunden ist die Sorglosigkeit. Warum nämlich soll diese Ökonomie sorgsam mit dem Sozialen und der ökologischen Natur umgehen, wenn sie denn nur dieses quantitative Maß und kein anderes hat? Deswegen erfolgt ein solch sorgloser Umgang, der sich nicht darum kümmert, ob die Arbeitskräfte im nächsten Jahr, am nächsten Tag wieder gut erholt sind, ob denn die Arbeitszeit vielleicht kürzer sein müsste, ob die Natur das, was ihr entnommen wurde, auch wieder reproduzieren kann, oder wenn nicht, ob etwas getan werden kann, damit zum Beispiel die Ölvorräte durch anderes kompensiert werden, damit zukünftige Generationen auch noch etwas davon haben. Das ist nicht die Rationalität dieser Ökonomie.

Und ich will es noch einmal zuspitzen: Was durch diese Art Ökonomie passiert, ist eine systematische Zerstörung von ökologischen und sozialen Lebensprozessen. Wir haben eine so hohe Armutsentwicklung in der Welt, auch in Deutschland, das ist unglaublich. Und eine ebenso hohe Naturzerstörung. Das bedeutet, dass wir eine Ökonomie haben, die systematisch das so genannte Reproduktive, also die lebendigen Grundlagen des Wirtschaftens, zerstört. Und meine These ist, dass im Kern die Krisen, die wir haben, eben Krisen dieses Reproduktiven sind, das auf diese Art und Weise behandelt wird. Diese Ökonomie bringt systematisch nicht nachhaltige Produkte und Prozesse hervor. Sie ist nicht zukunftsfähig.

Und damit komme ich zu dem dritten Aspekt einer feministischen Perspektive (nach dem ersten Aspekt, dem Blick auf das Ganze, und dem zweiten Aspekt, der Trennungsstruktur). Es gilt somit, wenn das bis hierher Entwickelte folgerichtig ist, von dem bisher Ausgegrenzten auf die ganze Ökonomie zu blicken. Das heißt, es geht um einen Perspektivenwechsel.. Dann sehe ich erstens, dass Ökonomie viel mehr ist als Markt, gewirtschaftet wird auch außerhalb von Märkten; ich sehe die Trennungsstruktur, ich kann sie kritisieren und ich behaupte, ich kann sie dann auch verändern. Und das ist eigentlich der Kern der feministischen Debatte der letzten vierzig Jahre mit allen Variationen. Der Kern sagt eben, wechsle die Perspektive, schaue von dem bisher Ausgegrenzten auf das Ganze, dann kannst du überhaupt erst sehen, was passiert, und dann lassen sich sowohl theoretisch als auch praktisch Veränderungsmöglichkeiten bestimmen.

Aber wohin soll die Reise gehen? Was ist das, was ich zukunftsfähig oder nachhaltig nenne?

2. Was ist zukunftsfähig?

Hier geht es um ein Leitprinzip. Und für mich ist dies das Nachhaltigkeitskonzept der sog. Brundtland-Kommission von 1987[2]. Vorab: Wir wirtschaften, um unsere

[2] Frau Brundtland war zu dieser Zeit norwegische Ministerpräsidentin und Vorsitzende der von den Vereinten Nationen eingesetzten World Commission on Environment and Development (WCED), die den Auftrag hatte, ein weltweit geltendes neues Entwicklungskonzept zu erarbeiten, mit dessen Hilfe sowohl die weltweite Armutskrise als auch die ebenfalls globale Umweltkrise überwunden werden könnten. Der Bericht, den diese Kommission 1987 vorlegte, wird daher Brundtland-Bericht genannt.

Bedürfnisse zu befriedigen. Dafür wandeln wir Natur mithilfe von Arbeit um. Die Brundtland-Kommission formuliert nun als generelles Handlungsprinzip: Wirtschafte heute so, d. h. befriedige deine Bedürfnisse so, dass auch zukünftige Generationen ihre Bedürfnisse nach ihren Vorstellungen befriedigen können. Das ist der erste Punkt, das ist die Grundlage. Das hat aber zwei Implikationen oder Leitgedanken. Erstens zu akzeptieren, dass die Natur unserer Ökonomie Grenzen setzt und diese Natur deswegen zu schonen und zu erhalten ist für zukünftige Generationen. Und zweitens dafür zu sorgen, dass die Grundbedürfnisse der Armen dieser Welt vorrangig befriedigt werden. Dieses neue Handlungsprinzip wird nachhaltige Entwicklung genannt. Es spricht von vornherein zwei Probleme gleichermaßen an, einerseits die Armut, also das soziale Problem, andererseits die Naturzerstörung. Das ist, wie ich finde, sehr spannend und eine wirklich sehr komplexe Angelegenheit.

Was heißt das bzw. was impliziert diese Leitidee? Sie impliziert, dass dieses Nachhaltigkeits- oder Zukunftsfähigkeitskonzept ein umfassendes Gerechtigkeitskonzept ist. Und wenn ich das hier sage, werden Sie sagen, „ja, und jetzt?“. Wenn ich das vor Ökonomen sage, und ich betone bewusst die männliche Form, dann bekomme ich sofort zu hören: „Aber das ist ja normativ, und Ökonomie darf nichts über Normen sagen“. Ja, es ist normativ, Gerechtigkeit hat was mit Nomen zu tun. Und wenn ich heute sage, es interessiert mich nicht, wie zukünftige Generationen leben, dann können wir auch aufhören mit dieser Debatte, dann brauchen wir auch keine Enquete-Kommission. Es stellt eine Wertentscheidung dar, ob ich mich um dieses Problem kümmern will oder nicht, es ist eine Norm, es hat etwas mit Moral und Verantwortung zu tun. Das hätte ich vorhin auch gesagt, wenn ich mich in der Debatte hätte melden wollen. Zum Beispiel dieses systematische Zerstörungselement in Produkten, wir nennen es in der Ökonomie „geplante Obsoleszenz“. Es bedeutet, dass Unternehmen die Lebensdauer von Produkten bewusst kurz halten, um mehr zu verkaufen. Das würden wir zwar durch Kontrollen wegbekommen, aber es geht nicht ohne Moral und Verantwortung, auch nicht in den Unternehmen. Wir haben Verantwortung für das, was wir produzieren, und es soll langlebig sein, auch da muss ein Umstellen beginnen. Und wenn wir nicht auch in den Unternehmen eine Haltung der Verantwortung erreichen, dann können wir noch so viele Kontrollen machen.

Die Gerechtigkeit, die im Nachhaltigkeitsprinzip steckt, ist vielfältig: Zunächst ist es die Gerechtigkeit zwischen den heute lebenden und zukünftigen Generationen: wir sollen so handeln, dass unsere Ur-Ur-Urenkel auch ihre Möglichkeiten haben, und ihnen eine produktive Natur hinterlassen (intergenerationale Gerechtigkeit). Dann ist es auch die Gerechtigkeit zwischen den heute lebenden Generationen (intragenerationale Gerechtigkeit): Wir sind aufgefordert, dafür zu sorgen, dass die Grundbedürfnisse der Armen der Welt vorrangig befriedigt werden. Das bezieht sich erst mal auf das Verhältnis zwischen Nord und Süd, ganz klar. Ebenso gilt es aber heute auch zwischen Armen und Reichen auch bei uns und in unseren Städten, wo die Arbeits- und die Wohnungslosigkeit steigt. Sie können die Obdachlosen sehen an jeder Ecke in Bremen, das war noch vor fünf Jahren nicht der Fall. In der Gerechtigkeitsdebatte gibt es dann auch noch die Diskussion um

Umweltgerechtigkeit. Frau Kolbe hat als Maßstab den ökologischen Fußabdruck erwähnt. Ich habe hier einen anderen Maßstab genannt, den CO2-Verbrauch, und die Frage aufgeworfen: Wie viel CO2 darf jede Person pro Jahr an Luftverschmutzung produzieren, die dann sozusagen von der Natur noch verarbeitungsfähig wäre, also nur zu einer maßvollen Klimaveränderung führen würde? Wenn ich das auf die gesamte Welt hochrechne, bedeutet das, dass jeder Mensch auf der Welt jährlich nicht mehr als 2t CO2 produzieren dürfte. Was glauben Sie, wie viel CO2 Sie heute, wir hier heute ungefähr produzieren pro Jahr? Es sind zehn bis zwölf Tonnen, d.h., wir müssten unseren Ressourcenverbrauch auf ein Fünftel reduzieren, das heißt um 80 Prozent. Und das geht nicht allein mit Effizienz. Und schließlich gibt es in de Gerechtigkeitsdebatte eine Diskussion, die gerade für uns hier auch wichtig ist: die Diskussion um Geschlechtergerechtigkeit., All die angesprochenen Arten von Gerechtigkeiten, sagt die feministische Debatte, seien nicht möglich ohne Geschlechtergerechtigkeit. Und es gibt eine spannende Position der amerikanischen Philosophin Nancy Fraser, die sagt, was heißt aber Gerechtigkeit im Geschlechterverhältnis? Und sie sagt, Umverteilung allein reich tnicht, sondern erst kommt die Teilhabe, und zwar an allen Bereichen der Gesellschaft gleichermaßen, und die Anerkennung. Und ich sage: Wichtig ist gerade die Anerkennung der ganzen Care-Ökonomie als gleichwertig, als mindestens gleichwertig mit der Marktökonomie.

Und dann gibt es noch eine interessante Interpretation des Prinzips der nachhaltigen Entwicklung von Kollegen des ISOE, das Institut für sozial-ökologische Forschung in Frankfurt. Sie machen deutlich: Es geht nicht darum, dass wir sagen, Nachhaltigkeit ist dann und dann erreicht, bezeichne somit einen Endpunkt. Sondern der Prozess steht im Mittelpunkt – ein Entwicklungsprozess, der die Qualität aufweist, seine eigenen natürlichen und sozialen Voraussetzungen – seine lebendigen Grundlagen also – zu erhalten und ständig zu erneuern. Das heißt, so zu wirtschaften, dass die Grundlagen des Wirtschaftens durch das Wirtschaften selbst erhalten bleiben. Und das ist eine qualitative Aussage, welche ich nachher noch mal aufnehmen werde, wenn wir zur Frage kommen, was heißt das für die Green Economy.

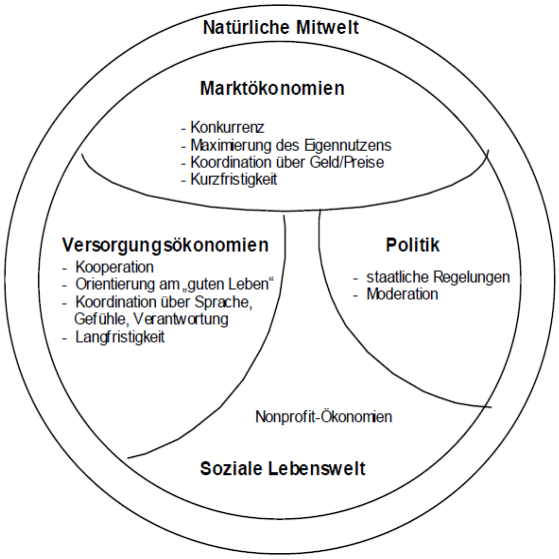
Das Ergebnis dieser Überlegungen über Zukunftsfähigkeit lautet: Langfristige Lebensfähigkeit von Mensch und Natur ist zukunftsfähig. Das bedeutet eine Veränderung der Rationalität unseres Wirtschaftens, hin zur Sorge, zur Sorge um andere und für sich selbst. Das schließt die Sorge um zukünftige Generationen und einen fürsorglichen, nicht ausnutzenden und sorglosen Umgang mit der Natur ein. Die Aufgabe besteht darin, die Trennungsstruktur zu überwinden: Es geht um die Herstellung von neuen Beziehungen, zwischen dem bisher Getrennten, um nicht hierarchische Strukturen, um Gleichwertigkeit und das, was ich eben sagte, um Geschlechtergerechtigkeit. Und zu erreichen ist dies nur, wenn das ganze Wirtschaften als sorgendes, als vorsorgendes Wirtschaften organisiert wird.

3. Das Ganze der Ökonomie im Blick – vorsorgendes Wirtschaften

Ich komme nun, im dritten Gliederungspunkt, dazu, das Ganze der Ökonomie in den Blick zu nehmen und vorsorgend zu gestalten. Wenn ich dieses Ganze in den Blick nehme, ich habe es jetzt die eingebettete ganze Ökonomie

genannt, dann ist mir wichtig, in die Historie zu schauen, wie unsere Wirtschaftsweise entstanden ist. Dann ist von vornherein klar: Sie ist nicht nur die Geburt der männlichen Marktökonomie, sondern es existiert auch immer daneben der weibliche Zwilling. Ich sage immer gern, dass es eine Zwillingsgeburt war, und der weibliche Zwilling, nämlich die ganze unbezahlte Care-Ökonomie, immer mit zu beachten ist. Ohne diese ständigen Sorgeprozesse hätte es nie eine solche Entwicklung kapitalistischer Marktökonomie geben können. Das heißt auch, wenn ich jetzt auf das Ganze schaue, dann ist die jetzige Marktökonomie nicht autonom zu begreifen, sondern sie ist eingebettet in soziale und ökologische Prozesse. Meine These ist, nur wenn ich das Ganze begreife, kann ich auch die Einzelteile analysieren. Ein Beispiel: Am Montag in der Enquete-Kommission, in die ich als Sachverständige geladen war, entbrannte eine Debatte über die Aussage des anderen Sachverständigen, der sagte, dass die Löhne immer dann stiegen, wenn Arbeitskräfte knapp seien. Dann gebe es diesen marktlichen Steuerungsprozess, und das sei gut so. Da habe ich ihn gefragt, wie er sich denn erkläre, dass die Löhne in der Pflege überhaupt nicht steigen, obwohl da die Arbeitskräfte sehr knapp sind. (Jetzt habe ich gerade gelesen, dass hundertfünfzig Chinesinnen importiert werden sollen, natürlich wieder ausschließlich Frauen, um dieser Knappheit zu begegnen). Auf diese Frage hat der Sachverständige keine Antwort gehabt. Das kann er auch nicht, weil er diese Trennungsstrukturen nicht im Blick hat, auf deren Grundlage die Abwertung der unbezahlten Sorge-Arbeit auf die bezahlte Sorge-Arbeit übertragen wird.

Als nächstes möchte ich gern die Struktur der eingebetteten Ökonomie, wie sie in der Abbildung dargestellt ist, ansprechen:



Alles, was wir gesellschaftlich tun, Wirtschaften, Politik und Leben ist eingebettet oder umgeben von der natürlichen Mitwelt. Dieser Begriff stammt von dem Philosophen Meyer-Abich. Natur ist nicht mehr nur eine Ressource. Dann haben wir die Marktökonomie, ich habe sie hier als Mehrzahl aufgeführt, denn wenn wir genauer hinsehen, verlaufen ökonomische Prozesse in kleinen und mittleren Unternehmen anders als in großen, das müsste man differenzieren. Aber ich will hier nur die wichtigsten Prinzipien herausarbeiten. Wir haben die verschiedenen Sorge- oder Versorgungsökonomien, wir haben die Politik, die mitgestaltend ist. Die herkömmliche Ökonomie sagt, lass uns in Ruhe, der Markt macht alles, dabei hat die Politik immer, seitdem wir diese Ökonomie haben, ganz entscheidend mitgeholfen, besonders auch im Interesse der großen Unternehmen auf dem Markt. Außerdem haben wir den Bereich der Non-Profit-Ökonomie, den gesellschaftlichen Bereich, in dem heute die verschiedensten Projekte entstehen, die wir kennen, Z. B. die neue junge Commons-Bewegung, die sagt, wir wollen gemeinschaftlich entscheiden, was wir gemeinschaftlich für uns selber

herstellen. Das Beispiel kommt aus dem Internet, Linux ist ein solches, oder Wikipedia, wo alle beitragen und alle es nutzen können. Das bedeutet, ich produziere nicht für meinen Gewinn, ich produziere als Teil einer Gruppe für dieses gemeinschaftliche Produkt, was dann auch allen gehört. Eine spannende Entwicklung im Augenblick. Außerdem haben wir in diesem Bereich de sozialen Lebenswelt einen deutlichen Anstieg der Genossenschaften, gerade im Energiebereich, das sind auch Non-Profit-Organisationen. Hierher gehört auch diese ganze Gartenbewegung, die es im Augenblick in vielen Städten gibt, urban gardening genannt., Insgesamt läuft momentan sehr viel, was jenseits des Marktes, aber auch jenseits der Care-Ökonomie passiert.

Wenn ich Ökonomie als eingebettete Ökonomie verstehe, lassen sich auch neue Fragen stellen: Beispielsweise, wie lassen sich denn Märkte so gestalten, dass sie diesen sozialen und ökologischen Lebensprozessen gut tun? Märkte sind soziale Gebilde, wir haben alle Märkte gesellschaftlich gemacht, das sind keine Naturgesetze. Ostdeutschland ist dafür ein wirkliches Bilderbuchbeispiel. Wenn man sich die Entwicklung der Märkte nach 1989 anschaut, kann man erkennen, dass sie gesellschaftlich genau kopiert worden sind nach dem Muster der Märkte, die wir in der Bundesrepublik hatten. Diese kapitalistischen Strukturen, die gab es vorher in Ostdeutschland nicht. Eine weitere neue Frage lautet: Über welche Märkte lassen sich denn erwerbliche Sorgeprozesse gut, das heißt mit guten Arbeitsbedingungen, mit guter Zeit für die zu Umsorgenden und Sorgenden und mit guten Löhnen, organisieren? Das wäre eine gesellschaftliche Aufgabe, das zu tun. Und dann natürlich die Frage, wo passen Märkte nicht, wo geht es eben nicht über Märkte? Im Grunde sind Märkte gesellschaftliche Austauschorganisationen, sie sind an vielen Stellen nützlich, aber vieles können sie nicht leisten, da es keine sozial verantwortlichen Einrichtungen oder Ähnliches sind. Hier gilt es gesellschaftlich etwas machen, als Gesellschaft zu entscheiden, wo wir welche Märkte haben wollen, und an welcher Stelle es mit Märkten nicht passt. Beispielsweise gibt es heute viele Versuche, die Pflege der alten Menschen in sog. hybriden Organisationsformen zu gestalten. Dies bedeutet, dass Familienangehörige, Nachbarn und bürgerschaftliches Engagement mit eingekauften Dienstleistungen kombiniert werden und der Staat über die Pflegeversicherung als Akteur hinzukommt. Solche Kombinationen sind ganz spannende Geschichten[3].

Zum Punkt der gesellschaftlichen Wohlfahrt brauche ich an dieser Stelle nicht mehr so viel zu sagen, weil Frau Kolbe das Thema schon angesprochen hat. Nur so viel: Die gesellschaftliche Wohlfahrt wird jetzt vielfältig, sie entsteht nicht nur am Markt, sie entsteht gerade auch in den Sorgeökonomien, sie entsteht in den Non-Profit-Organisationen, in all diesen Projekten, sie entsteht aus der Natur heraus und sie entsteht auch durch die staatlichen Aktivitäten. Wohlfahrt ist jetzt vielfältig, und die Frage ist, wie kann ich das messen? Das Sozialprodukt erweist sich endgültig als unpassendes Werkzeug, da nur immer einer von vier gesellschaftlichen Bereichen, und die Natur ist der Fünfte, durch das Sozialprodukt abgebildet wird. Aber was machen wir mit den anderen? Und wenn

[3] Viele Beispiele dazu finden sich in Lang, Eva/ Wintergerst, Theresia (2012): Am Puls des langen Lebens. Soziale Innovationen für die alternde Gesellschaft. München: oekom-Verlag.

wir, wie Frau Kolbe andeutete, Indikatoren haben, zum einen das Sozialprodukt, zum anderen zum Sozialen und zum Ökologischen, und der eine Indikator steigt und der andere sinkt, wie bewerten wir das? Das ist die zentrale Frage. Gestern stand in der Süddeutschen, die ich immer lese, wenn ich unterwegs bin, dass lt. OECD Deutschland ökonomisch gut dasteht, aber sozial ist es eine Katastrophe, weil die Spaltung in den letzten Jahren innerhalb der Gesellschaft enorm zugenommen hat. Wie bewerte ich das jetzt? Sage ich, das Sozialprodukt steigt und das andere ist nicht so wichtig? Diese Bewertung ist die gesellschaftliche Aufgabe, um die es geht, und dazu müsste auch, meine ich, die Enquete-Kommission etwas sagen.

Was, welches Wirtschaften tut dem Erhalt von Lebensprozessen gut? Mein Konzept dafür ist das des Vorsorgenden Wirtschaftens. Ich möchte Ihnen dieses kurz vorstellen. Ich bin Mitglied des Netzwerks Vorsorgendes Wirtschaften, wir sind ca. 40 Frauen aus unterschiedlichen Disziplinen, Praktikerinnen und Theoretikerinnen, und wir arbeiten seit zwanzig Jahren daran, ein wirtschaftliches Konzept vorzustellen, das anders funktioniert als das bisherige. Wenn wir über Wachstum reden, da gebe ich Frau Kolbe recht, kommt es darauf an, anzuschauen, welchen Charakter das augenblickliche Wachstum hat. Das ist momentan eindeutig das profitgetriebene Wachstum, ganz egal, welche Qualitäten es hat. Wie aber wollen wir eine Gesellschaft zur Nachhaltigkeit entwickeln, was muss da zum Beispiel wachsen und was muss aber auch schrumpfen? Wir haben vorhin über die Chemieindustrie gesprochen, wie kann die zu einer nachhaltigen Chemie werden? Kann ich etwas umformen oder muss ich es ersetzen, weil es dauerhaft nicht lebensdienlich und naturverträglich ist? Wachsen muss, zum Beispiel, die ganze gute Pflegearbeit, das ist uns allen bekannt. Wachsen müssen auch verschiedene Möglichkeiten, heute mit erneuerbaren Energien zu leben. Insofern ist nicht die Frage Wachstum, Ja oder Nein, sondern erstens deutlich zu machen, dass das Wachstum heute aus Geld-Gründen betrieben wird, und zweitens, dass es darauf ankommt, zu klären, welche Qualitäten wir anstreben, wo sich ein Sektor weiterentwickeln soll und wo nicht. Deshalb nehme ich lieber den Begriff der Entwicklung, denn entwickeln heißt qualitative Veränderung. Auch wenn man auf die Natur schaut, die Natur entwickelt sich ständig weiter, da gibt es keinen Stillstand, trotzdem sprechen wir nur ganz selten von Wachstum.

Vorsorgendes Wirtschaften, was meine ich damit? Ich meine damit, dass die Handlungsprinzipien dieser Marktökonomien, die ich vorhin genannt habe, umstrukturiert werden müssen. Vorsorgen, Kooperieren, am guten Leben orientieren – darum geht es.

Als generelles Handlungsprinzip habe ich ja schon das der Brundtland-Kommisison genannt: Handle so, dass zukünftige Generationen dieselben Chancen haben und handle so, dass heutige arme Menschen ihre Grundbedürfnisse befriedigen können. Wenn wir das konkretisieren, heißt das also, wir müssen sorgen und vorsorgen statt nachzusorgen. Beispielsweise müssen wir jetzt nachsorgen, indem wir zwanghaft einen Ort suchen, wo wir unseren Atommüll lagern. Hätten wir vorgesorgt, hätten wir die Atomenergie nie angefangen. Ähnlich verläuft es mit der Gentechnik, wir fangen sie schon mal an und wissen nicht genau, wo es hin geht. Es gibt auch unter den Ingenieuren eine Debatte, die einen sagen, wenn du nicht weißt wohin es geht,

dann gilt das Vorsichtsprinzip, und das heißt, geh nur den nächsten kleinen Schritt, den du überschauen kannst. Wenn du es nicht überschauen kannst, dann lass die Finger davon.

Das zweite Handlungsprinzip heißt Kooperieren statt Konkurrieren, auch wenn heute das zentrale Ziel die Konkurrenzfähigkeit ist. Konkurrenz sollte aber Mittel zum Zweck sein, um das Ziel zu erreichen, ein gutes Leben zu führen. Vor allen Dingen geht es um Kooperation und gemeinsam schauen, wie wir vorsorge3ndes wirtschaften gemeinschaftlich gestalten können. Glücklicherweise hat vor einigen Jahren endlich einmal eine Nobelpreisträgerin in der Ökonomie den Preis erhalten, Elinor Ostrom, eine Amerikanerin. Sie ist leider gerade, mit fast neunzig Jahren, gestorben. Sie ist um die ganze Welt gereist, um zu erforschen, wie Menschen es schaffen, ein Naturgut, bspw. eine Quelle, gemeinschaftlich zu nutzen und sie dennoch zu erhalten. Sie hat acht Handlungsregeln herausgefunden, unter denen das möglich ist. Und ihr Votum am Ende ihres Lebens lautet: Kooperation ist das Ein und Alles, und wenn die Menschen das nicht lernen, dann wäre ihre ganze Arbeit umsonst getan. Auch die Natur ist eine gelungene Kooperationsleistung. Im Übrigen auch unsere menschliche Entwicklung: Die Soziologin Hrdy, hat kürzlich ein Buch geschrieben, in dem sie auf die Bedeutung der Alloeltern für das Aufwachsen von Kindern hinweist. Sie sagt, dass die Tatsache, dass Menschen in den letzten einigen hundert Jahren gut aufgewachsen sind, damit zu tun hat, dass die Kinder viele Menschen hatten (Alloeltern eben), die an diesem Aufwachsen teilhatten, und dass es nicht nur die Mutter-Kind-Beziehung gab. Deshalb ist es in einer Gesellschaft der unsrigen, wo das Aufwachsen auf die Mutter-Kind-Beziehung - allmählich auch mit Integration des Vaters – reduziert wird, so wichtig, dass die Gesellschaft Strukturen wie Kindergärten, Kinderkrippen und Ganztagsschulen schafft, damit auch andere Alloeltern für das gelingende Aufwachsen da sind.

Das dritte Handlungsprinzip des Vorsorgenden Wirtschaftens ist, sich daran zu orientieren, was für ein gutes Leben notwendig ist, nicht am maximalen Gewinn oder Nutzen. Aber damit fängt natürlich der Schlamassel an. Was ist gutes Leben? Das können Sie noch nicht mal berechnen, ich könnte Sie jetzt nicht rausschicken und sagen, lassen Sie ihre Nutzenfunktion hier, ich berechne sie. Stattdessen müssen Sie miteinander ins Gespräch kommen und diskutieren, was ein gutes Leben ist und welche unterschiedlichen guten Leben in der Gesellschaft miteinander kombiniert werden können. Das sind gesellschaftliche Diskurse, an denen wir nicht vorbeikommen, die im Gegenteil auf allen Ebenen der Gesellschaft nötig sind.

Vorsorgendes Wirtschaften hat ein anderes Menschenbild als das des homo oeconomicus. Das Konzept weist darauf hin, dass Menschen zu diesen ökonomischen Menschen erzogen werden. Wenn Menschen z. B. Wirtschaftswissenschaft studieren, dann werden sie in den ersten vier Semestern zum Homo Oeconomicus, weil sie lernen, dass Rationalität nur heißt, ihren Nutzen zu maximieren. Sie lernen das Rechnen in und mit solchen Modellen. Experimente der so genannten experimentelle Spieltheorie, bei denen Gruppen im Labor ökonomische Situationen durchspielen, zeigen, dass diese Studenten sich dann auch genauso verhalten: sie maximieren eigensüchtig ihren Nutzen.. Die Ökonomen sind absolut Spitze darin, auf

ihren eigenen Vorteil zu achten und egoistisch zu handeln, während andere anders handeln. Unser Ausbildungssystem macht sie zu dazu:, Sie werden nicht als Homo Oeconomicus geboren, sie werden dazu gemacht. Insofern können wir sie auch anders erziehen, aber das heißt auch, die Ökonomieausbildung zu verändern. Ich bin gerade siebzig geworden, ich werde das nicht mehr alleine schaffen, aber auch in der Ökonomie sind viele junge Leute aufgewacht und fordern eine andere Ökonomieausbildung, das ist wirklich spannend.

Und dann sind mir noch zwei Punkte bezüglich des Menschenbildes wichtig: Menschen sorgen für sich und andere, und sie sind auch auf die Fürsorge anderer angewiesen. Jede und jeder von uns, auch der Manager von der tollsten Bank oder dem Investmentfond, könnte ohne Sorgeleistungen anderer nicht leben. Wir brauchen alltägliche Sorgeleistungen, die wir zum Teil selber machen, aber die zum Teil auch von anderen geleistet werden und dann meistens von Frauen erledigt wird. Das ist der eine Punkt. Der andere: Die Menschen suchen alle nach gutem Leben. Es ist Aufgabe der Gesellschaft, sie dabei zu unterstützen, dieses gute Leben gemeinsam zu bestimmen und zu gestalten.

Im Vorsorgenden Wirtschaften gibt es auch ein neues Verständnis von Produktivität: In dieser Vorstellung gibt es keinen Unterschied zwischen produktiv und reproduktiv. Selbstverständlich ist die unbezahlte Sorgearbeit produktiv, selbstverständlich ist dies auch die Natur, es sind unterschiedliche Produktivitäten. Die große Aufgabe besteht darin, in den gesellschaftlichen Prozessen die verschiedenen menschlichen Produktivitäten mit der Naturproduktivität zusammenzubinden. Beispielweise in der Debatte um die Energiewende wäre zu klären, wie in einer Region die verschiedenen Potenziale an Energie, die es dort gibt, z. B. Sonne, Wind, aber vielleicht auch Holz oder Wasser, zusammenzubinden sind mit der Arbeitsfähigkeit, die in der Region vorhanden ist. Wie kann daraus etwas Kooperatives werden? Wie können die Nutzer und Nutzerinnen mit ihrer der häuslichen Arbeit einbezogen werden,, weil das die Nutzungsform der Energie stark mitbestimmt? . Ein solches Energiekonzept wäre zum Beispiel im Sinne dieses Produktivitätskonzepts. Wichtig dabei ist: Es geht auch um ein anderes Verhältnis zur Natur. Natur wird Kooperationspartnerin für uns Menschen. Und ich sage zugespitzt: Natur ist sogar eine eigene Wirtschaftsakteurin, sie handelt, sie produziert, sie regeneriert oder verweigert sich.

Es liegt fast auf der Hand, dass dieses andere Wirtschaften einer anderen Rationalität folgt. Ich habe vorhin schon gesagt, es geht um das Erhalten der lebendigen Grundlagen, indem wir Gestalten. Ich sage gerne, es geht um Haushalten, um haushälterisches Wirtschaften, nämlich mit dem, was man hat, auszukommen und dieses zu erhalten. In der Diskussion um Arbeit hat es den Begriff „Arbeitskraftunternehmer“ gegeben. Jede einzelne Arbeitskraft soll demnach Unternehmer der eigenen Arbeitskraft werden. Dagegen sage ich:, Alle müssen Lebenskraft-Haushälterinnen werden. In Österreich gibt es eine tolle Philosophin, Carola Meier-Seethaler, die sagt, es geht eigentlich um Besonnenheit.. Sie macht darauf aufmerksam, dass Rationalität oder Vernunft eben Denken und Fühlen miteinander vereint. Wenn ich kein Mitgefühl mit Menschen, wenn ich kein Mitgefühl mit der Natur habe, dann habe ich auch nicht die Möglichkeit, eine

Beziehung einzugehen und entsprechend zu handeln.

4. Dimensionen des Transformationsprozesses oder: Anforderungen an eine „Green Economy“

Jetzt gilt es, das zu konkretisieren, jetzt fragen wir uns: Welche Qualitätsanforderungen gibt es an eine Green Economy, die eine nachhaltige Ökonomie sein will? Wenn sie das nicht will, dann kann ich hier aufhören, aber mein Anspruch an eine Green Economy ist, dass sie eine nachhaltige, eine zukunftsfähige Ökonomie ist. Und da unterscheide ich jetzt drei Dimensionen des Veränderungs- oder Transformationsprozesses:

Die erste nenne ich *die stofflich - energetische Dimension*. Hier geht es um Erneuerbare Energien, insbesondere um die Solarenergie. Denn, so sagt Hans-Peter Dürr in München, der alternative Nobelpreisträger, die Sonne scheint überall, und wir wissen, sie ist nicht endlos, aber ein paar Milliarden Jahre scheint sie noch, für uns ist sie ewig. Daher benötigen wir vor allen Dingen dezentrale Konzepte. Im Augenblick haben wir vier große Energieunternehmen, von deren Logik, mit Energie vor allem Gewinn zu machen, muss Abschied genommen werden. Res gibt so viele lokale Möglichkeiten, energieautonome Regionen zu entwickeln, und es gibt bereits eine richtige Bewegung dazu. Dabei gibt es natürlich kleine Unternehmen, die Gewinne machen, das ist überhaupt nicht schlimm, ein Unternehmen braucht Gewinne, um zu investieren. Aber es geht eben nicht darum, die Energiewende sozusagen zum Spielfeld für den Shareholder Value zu machen. Bei Dezentralität wären nicht annähernd dieses Leitungssystem, das im Augenblick diskutiert wird, nötig. Wir bekommen jetzt im Norden (ich komme aus Bremen) diese riesigen Windparks, und viele Leitungen sollen den Strom nach Süden bringen. Gleichzeitig machen wir das Projekt Solartec in Nordafrika, eine Riesenproduktion von Solarstrom, der über viele Leitungen nach Norden gebracht werden soll. Das ist doch Unsinn, aber es entspricht eben der alten Industriestruktur mit den alten Machtverhältnissen. Aber auch diese müssen verändert werden. Und es gibt viele, viele Menschen, die daran mitarbeiten, die gerade nach dem Scheitern der großen Klima-Konferenzen sagen, wir müssen es selber tun. Also, da gibt es viel Bewegung und viele Bürger- und Bürgerinneninitiativen.

In der Energiedebatte wird von Effizienz, Konsistenz und Suffizienz gesprochen. Dabei steht Effizienz im Vordergrund auch in der Enquete-Kommission. Effizienz ist ist das alte ökonomische Prinzip: Setze das, was du hast, so einträglich wie möglich ein. wenn du z.B. eine bestimmte Menge an Einsatzmitteln hast, dann wirst du versuchen, das möglichst beste oder größte Produkt daraus zu entwickeln. Oder anders herum: Willst du ein bestimmtes Produkt herstellen, sieh zu, dass du die Einsatzfaktoren minimierst. Das ist Ökonomie, nichts anderes. Und das wird übertragen auf die Rohstoffe. Das ist in Ordnung, nur reicht es überhaupt nicht aus. Selbst wenn durch Effizienzsteigerung den Rohstoffverbrauch auf zwanzig Prozent dessen, was wir jetzt verbrauchen, reduzieren, müssen wir dennoch immer darauf achten, dass der Verbrauch nicht weiter steigt. Aber das ist nur die quantitative Seite. Vor allem kommt es darauf an, das Qualitative zu sehen. Nehmen wir das Beispiel der Solarzelle: Was muss ich zu Beginn eines Produktionsprozesses bedenken, wenn ich weiß, dass am Ende diese Solarzelle

wieder zu Abfall wird? Wie kann ich sie recyceln, wie kann ich sie wieder nutzen, und wenn wirklich etwas zurück in die Natur als Abfall geht, welche Giftigkeit erträgt eigentlich die Umwelt? Das alles muss schon zu Beginn des Prozesses bedacht werden. Das meine ich mit ökologischer Stoffwirtschaft. Hier geht es um Konsistenz, um das qualitative Zusammenpassen von menschlichen Produktions- und Konsumtionsprozessen mit der Natur. Da die Konsumenten und Konsumentinnen hier eine Rolle spielen, ist es auch sinnvoll, sie als Alltagsexperten in die Beratung darüber, wie solche Prozesse aussehen können und welche Produkte in ihnen hergestellt werden sollen, einzubeziehen. Es geht nicht nur um die Ingenieure mit ihrem Fachwissen, die brauchen wir auch, aber gerade das Alltagswissen derer, die die Produkte nutzen, ist wichtig. Das hieße übrigens auch, das Geschlechterverhältnis ein Stück weit zu verändern, denn die Produktnutzung liegt größtenteils in der Hand von Frauen. Aber wie und wozu werden die Produkte genutzt? Welches Leben soll mit ihrer Hilfe gestaltet werden? .Hier geht es um nachhaltige Lebensstile, hier kommt die Suffizienz ins Spiel. Suffizienz heißt nicht einfach, den Gürtel enger schnallen, obwohl manche Gürtel heute bei uns ruhig enger sein könnten. Aber vor allem geht es darum, neue, energie- und rohstoffarme oder Ressourcen schonende Lebensstile zu entwickeln. Meine Freundin, Uta von Winterfeld, die Kollegin von Ihrem Referenten aus Wuppertal, sagt immer, Suffizienz heiße: *Niemand soll (ich habe es richtig auswendig gelernt) niemand soll immer mehr haben wollen müssen*. Suffizienz ist das Recht darauf, diese Wachstumseuphorie nicht mitzumachen, sich dem Wachstumszwang zu entziehen. Suffizienz bedeutet das Recht darauf, ohne Auto zu leben, das Recht darauf, ökologische Nahrungsmittel zu kaufen, das Recht darauf, ökologische Kleidung zu kaufen, die nicht irgendwo mit billigster Frauenarbeit in Asien gemacht wird. Aber Suffizienz meint mehr als die Veränderung des individuellen Verhaltens. Der Begriff verweist auf eine Gesellschaft, die die Strukturen verändert und so nachhaltiges Verhalten ermöglicht. Beispielsweise könnte die Stadt Bremen, aus der ich komme, den gesamten Autoverkehr aus der Stadt verbannen, wenn sie dafür das öffentliche Nahverkehrssystem weiter ausbauen würde.. Wenn die großen Städte anfangen würden, autofrei zu sein (auf dem Land ist es im Augenblick fast nicht möglich ist ohne Auto), das wäre schon was. Suffizienz ist somit auch eine gesellschaftliche Aufgabe, eine politische Angelegenheit, und darf nicht nur als Verhaltensänderung der einzelnen gesehen werden.

Die zweite Dimension dieses Transformationsprozesses nenne ich *die sozial-kulturelle Dimension*. Hier geht es mir vor allen Dingen um die Arbeit. Es geht darum, diese Gesellschaft von heute von der Erwerbsarbeitsfixierung umzugestalten zu einer Gesellschaft, die als erstes fragt, wie können wir denn vernünftig wirtschaften, dass alle Sorgeprozesse gut sind? Nancy Fraser, eine amerikanische Philosophin, sagt, dass alle zu Sorgenden, zu „Care-Givern“ gemacht werden müssten. Und dann: Wie gestalten wir die heutige Erwerbsarbeit zum Ganzen der Arbeit um? Erstens durch eine radikale Erwerbsarbeitszeitverkürzung. Wir haben nicht mehr so viel Zeit für Erwerbsarbeit, wir haben zu viel anderes zu tun – (vor)sorgen für andere und die Natur. So wird auch Raum für die Integration derjenigen geschaffen, die arbeitslos sind. Sie können jetzt integriert werden. Meine Vision wäre, dass sich an den

verschiedenen Bereichen alle beteiligen können. Das muss nicht jeden Tag sein, dass weiß ich, aber im Lebensprozess die Möglichkeit zu haben, sich an den verschiedenen Bereichen zu beteiligen, das ist entscheidend. Zweitens geht es um die Umverteilung der Arbeit: Frauen hinein in die gute Erwerbsarbeit, Männer in die unbezahlte Sorgearbeit. Fünfzig Prozent der unbezahlten Sorgearbeit gehört den Männern, aber sie haben sie noch nicht eingefordert! Das wäre auch ein Element der Aufwertung Denn wir wissen und können es historisch zeigen, dass Arbeitsbereiche, in die die Frauen hineingehen, qualitativ abgewertet werden. Ein Beispiel sind Sekretäre: das waren früher, so bis zur vorletzten Jahrhundertwende, Männer und die waren gut bezahlt. Dann wurden es mehr und mehr Sekretärinnen, und der Lohn sank. Es geht somit auch um die Aufwertung der bisher unbezahlten Sorgearbeit. Damit meine ich nicht, sie einfach zu bezahlen. Es gab eine lange Debatte um Lohn für Hausarbeit in der feministischen Wissenschaft. Darum geht es nicht, denn das hieße, das Sorgen der Rationalität zu unterwerfen, die ich oben gerade kritisiert habe. Aber es heißt, Ermöglichung dieser sorgenden Tätigkeiten durch eine gute soziale Infrastruktur, durch Kindergärten, Kinderkrippen und Ganztagsschulen etc. Es heißt aber auch, in die Debatte um ein bedingungsloses Grundeinkommen einzusteigen. Wie wird es Menschen ermöglicht, sich eine Zeitlang nicht über Lohn zu finanzieren? Indem sie anders finanziert werden, über ein steuerfinanziertes Grundeinkommen z. B.

Nun noch zur dritten Dimension, *dem Politischen*. Dieses ist von einem solchen Wandel nicht nur betroffen, wir brauchen es auch für den Wandel selbst. Es ist vorhin an verschiedenen Stellen deutlich geworden, dass es in diesem Veränderungsprozess um starke alte ökonomische Interessen geht, die ihre Pfründe schwinden sehen. Für die Auseinandersetzung mit ihnen brauchen wir viele demokratische Prozesse und einen Staat, der gegen diese alten ökonomischen Interessen angeht. Gesellschaften entstehen und bilden ihre Strukturen und in den Strukturen gibt es Herrschaftsstrukturen, und die einen haben mehr und die anderen weniger. Und wenn sich das verändert, dann fühlen sich die, die davon in einem größeren Rahmen profitieren, bedroht. Aber es hilft nichts. In dieser alten Struktur werden Ökonomie und Gesellschaft nicht zukunftsfähig werden können. Und deswegen muss das Politische diese Prozesse begleiten. Auch der Wissenschaftliche Beirat Gesellschaftlicher Umweltveränderungen (WBGU) der Bundesregierung hat in seinem neuen Gutachten[4] darauf hingewiesen, dass wir viele demokratische Prozesse benötigen. Der Staat soll Bürger und Bürgerinnen überall einbeziehen, wo es möglich ist. Ihnen muss vor allem die Möglichkeit – d.h. auch die Zeit - zur Beratung gegeben sein. Das ist ganz entscheidend, auch für Betriebe. In den 20er Jahren des vergangenen Jahrhunderts hatten wir die Debatte um Wirtschaftsdemokratie, die wird hier wieder aktuell. Wie kann denn, ich bleibe bei der Chemie, diese nachhaltig werden, wie lässt sie sich derart ändern? Die Arbeitenden dort sind Fachleute, die können dazu viel beitragen. Das ist aber auch entscheidend für die Menschen an ihren Lebensorten.

Wir reden immer über Globalisierung, aber vieles passiert konkret da, wo wir leben, lokal und regional. Das heißt nicht, dass

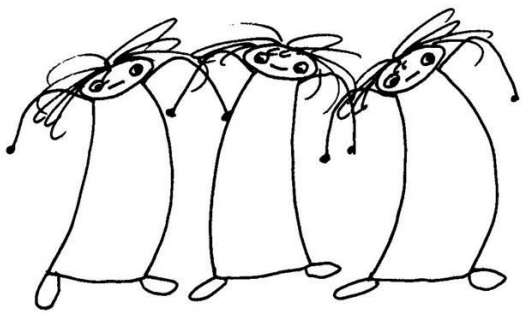
[4] WBGU 2011: Welt im Wandel. Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation, Berlin.

die Globalität unwichtig ist, aber es heißt, dass die Menschen zunächst dort betroffen sind, wo sie leben, dort können sie ihre Kräfte entfalten, um etwas zu ändern. Es wäre schön, wir hätten dann auch eine Gesellschaft, die sagt, lassen wir doch mal Menschen experimentieren. Jetzt haben wir z. B. die städtische Gartenbewegung. Wie toll wäre es, wenn in Städten gesagt würde: Lasst uns doch mal gucken, wie wir solch interkulturelle Gärten in unseren Städten ermöglichen können. Wo haben wir denn Brachen, wo das geht. Stattdessen kommt jedoch das Privateigentum und das fühlt sich gestört. Oder nehmen wir diese junge Commons-Bewegung, die ich oben schon ansprach, und die jetzt sagt, wir brauchen Räume, wo wir gemeinschaftlich für uns produzieren können, wir steigen aus dem Konsumzwang aus. Hier könnte über eine alte Lagerhalle, ein Möglichkeitsraum geschaffen werden. Stattdessen wird geschaut, ob es sich hier nicht vielleicht um Schwarzarbeit handelt. Kein Mensch weiß, wo genau die Reise zur Nachhaltigkeit, zur Zukunftsfähigkeit hingeht. Lasst uns also experimentieren, lasst alle, die mitmachen wollen, alles ausprobieren, was geht. Wunderbar, wunderbar, wunderbar.

In diesen Transformationsprozessen liegt auch eine Chance zu einem anderen, einem paritätischen Geschlechterverhältnis. Denn dieses ist nicht nur eine Frage von Gerechtigkeit, sondern ist auch eine Frage, ökonomisch gesagt, von Ressourcen. Weshalb? Ist der Mann vierzig, sechzig, achtzig Stunden in der Erwerbsarbeit und die Frau nur zu Hause dann führt das dazu, dass beide ganz eingeschränkte Erfahrungen haben. Er weiß gar nicht, wovon sie redet, wenn sie von den Kindern erzählt. Und versteht nichts davon, was er macht. Wie sollen sie sich so über eine gemeinsame nachhaltige Zukunft verständigen? Dazu werden Menschen mit Erfahrungen in den verschiedenen Bereichen gebraucht, damit sie auch miteinander reden können, damit sie sich austauschen können, damit sie sich verstehen können. Das andere, das alte Geschlechterverhältnis, ist eine solche Verschwendung von menschlicher Kraft und Phantasie, die können wir uns einfach nicht mehr leisten.

Schlusswort:

Nach all diesen Überlegungen lautet meine Antwort auf Christa Wolfs Frage, die ich zu Beginn zitiert habe: So – durch Vorsorgendes Wirtschaften, das dem Erhalt und der Erneuerung von menschlichen und natürlichen Lebensprozessen dient – ist die Auflösung der perversen Koppelung von Produktivität und Zerstörung nicht nur denk bar, sondern auch machbar. So kann Zukunftsfähigkeit gelingen.



Nachhaltigkeitsstrategien in der Energie- und Verkehrsplanung

Timon Wehnert

Seit über zehn Jahren mache ich Energiepolitikforschung und habe mich sehr mit langfristigen Szenarien beschäftigt, die untersuchen, wie die Welt mittelfristig aussieht und wie man Energiepolitik gestalten kann. Auch habe ich sehr viel auf einer lokalen Ebene gearbeitet, also was können Kommunen machen, damit sie Energienachhaltigkeitspolitik voranbringen können Kommunen in Deutschland und auch international, so z.B. in Südafrika, habe ich zu diesen Themen gearbeitet. Insofern wird mein Vortrag von Ansätzen aus der Praxis handeln. Nehmen Sie die lokale Ebene, dort hat man viel Handlungsspielraum und es ist auch greifbar, was da passiert. Wenn ich Green Economy aus der Perspektive unseres Instituts betrachte, dann ist einerseits festzustellen, dass diese Umweltbewegung, die Nachhaltigkeit fordert, das sind jetzt nicht mehr die wollstrickenden, Bärte tragenden Müslis, sondern das sind jetzt Manager, Männer und Frauen, die beschäftigen sich jetzt mit Umweltfragen, die wollen auch Geschäfte damit machen, und das ist wichtig und gut, da will jemand damit arbeiten und Geld verdienen. Auf der anderen Seite ist das für uns als Institut natürlich auch spannend, denn wir können jetzt mit der Industrie kooperieren, gemeinsam nach Wegen suchen. Beispielsweise haben wir eine Studie zum Thema CO2-freies München zusammen mit Siemens gemacht und diese Beteiligung der Industrie ist wichtig, um sich z.B. technische Potenziale genau anzuschauen.

Timon Wehnert hat nach seinem Physikstudium an der Technischen Universität Berlin ab 1999 am Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung gearbeitet und ist seit 2011 Projektleiter am Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie. Seine Arbeitsschwerpunkte liegen in der internationalen Klimapolitik mit Fokus auf Entwicklungs- und Schwellenländer und die europäische Energiepolitik .Im Masterstudiengang Zukunftsforschung hat Timon Wehnert einen Lehrauftrag an der Freien Universität Berlin.

Der häufig genutzte Begriff Energieeffizienz klingt gut, aber kriegen wir das hin, dass es tatsächlich zu weniger Verbrauch führt und wir dann auch noch Geld damit verdienen und wir die Solarzellen auch noch exportieren? Das ist ein sehr hoher Anspruch, der schwer zu realisieren ist. Ganz grundsätzliche Dinge, wie sie bei den Vorrednerinnen angesprochen wurden, werden ausgeblendet, so z.B. unsere Wirtschafts- und Lebensform, der Lebensstil des Einzelnen, wie viel Wachstum ist noch drin und wo sind Grenzen von Wachstum. Deshalb finde ich die Frage, wie besetzen wir diesen Begriff Green Economy, den kann man ja definieren, sehr spannend. Bei dem Begriff Green Growth ist man ein bisschen eingeengter, denn da muss etwas wachsen. In der Energiepolitikforschung zu arbeiten, beinhaltet z.B. die Überlegung, wie können wir erneuerbare Energien fördern, wie können wir Energieeffizienz fördern, was kann eine Kommune machen, was kann ein Land machen. Und gerade bei den erneuerbaren Energien ist viel Idealismus und viel Elan dabei, und man trifft schon auch häufig die Hoffnung an, wir revolutionieren jetzt das ganze Wirtschaftssystem damit, wir revolutionieren die ganze Welt damit.

Mein Gedanke geht dann in die Richtung, jetzt hängt mal die Latte nicht zu hoch. Klar hätte ich auch den Idealismus dazu, dies zu tun, aber mit den erneuerbaren Energien die ganze Welt retten? Das ist ja schon anstrengend. Können wir nicht einfach nur erneuerbare Energien hinstellen, das würde mir doch reichen.

Seit anderthalb Jahren bin ich am Wuppertal Institut, und mein Arbeitsschwerpunkt liegt jetzt in der internationalen Klimapolitik, also auf der Verhandlungsseite. Und diese Klimaverhandlungen sind sehr spannend, es geht natürlich um die Umwelt und das Klima, und es kommt aus diesem naturwissenschaftlichen Moment, wie entwickelt sich denn das Klima. Aber über was verhandeln wir? Es geht dabei um globale Gerechtigkeit. Wer hat wie viel Zugang zu Ressourcen und Entwicklung, so ist es nicht verwunderlich, dass das so zäh ist. Schauen wir uns andere globale Verhandlungen an, so wie das Montreal Protokoll, dort ging es um diese Fluorkohlenwasser-stoffe aus den Kühlanlagen, bei dem Thema hat man sich relativ technisch einigen können. Aber die damaligen wirtschaftlichen Implikationen sind lächerlich gegenüber dem, was in den heutigen Klimaschutzverhandlungen verhandelt wird, da geht es wirklich um globale Gerechtigkeit. Und da wird es schwierig. Hierauf werde ich noch an anderer Stelle eingehen, meine Ausführungen werden deshalb nicht nur auf der lokalen Ebene und nicht nur bei schönen Beispielen, was man lokal machen kann, bleiben, sondern einen größeren Bogen schlagen.

Das Wuppertal Institut sitzt natürlich in Wuppertal, aber glücklicherweise haben wir ein kleines Hauptstadtbüro und ich darf in diesem Hauptstadtbüro arbeiten. Es ist eine kleine Dependance von zehn Leuten, wir wollen damit nah an politischen Prozessen sein.

Zum Themenbereich kommunale Energieprojekte würde ich gern mit einem Beispiel beginnen, ein total tolles und glitzerndes und schönes Beispiel, zwar schon 10 Jahre alt, aber dieses Projekt des Wuppertal Instituts- funktioniert sehr gut. Worum geht es? Der Hintergrund ist, dass sehr viele kommunale Gebäude, also zum Beispiel Schulen, in einem maroden Zustand sind, vor allen Dingen in energetisch marodem Zustand. Da ist viel in den 50er, 60er, 70er Jahren gebaut worden, die Kommunen haben viel zu wenig Geld, das anständig zu sanieren und energetisch zu sanieren. Und eigentlich ist es absurd, denn wenn man das Geld in die Sanierung steckt, würde sich das rentieren, denn über die Energiekosteneinsparung amortisieren sich die Investitionskosten, aber natürlich nicht morgen, sondern über Laufzeiten von zehn oder zwanzig Jahren, je nachdem, was für Maßnahmen erfolgen. Aber viele Kommunen haben das Geld nicht, wollen oder können das Geld nicht in die Hand nehmen. Der Druck, was anderes mit dem Geld zu machen, ist hoch und viele Kommunen haben auch das Know-how nicht. Da gab es eine Idee, ein Geschäftsmodell sozusagen, es wurde ein Energiespar-Contract initiiert, in dem es heißt, ein privater Investor gibt das Geld zur energetischen Sanierung der öffentlichen Gebäude. Er investiert z.B. in Keller, Heizung, Wasserverbrauch, Licht, und garantiert eine Energieeinsparung von zwanzig Prozent. Wird dieses Ziel erreicht, gehen z.B. achtzehn Prozent an den Investor, zwei Prozent bleiben beim Eigentümer, der Kommune. Und wenn die Einsparung höher ausfällt, teilen das beide Beteiligte, und wenn es weniger ist, dann erhält der Investor weniger. Es gibt auch Kommunen, die machen das lieber selbst,

so z.B. Stuttgart. Berlin hat nicht die finanziellen Mittel, die nutzen gern diese Möglichkeit. Und das Wuppertal Institut hat damals gesagt, wir haben noch eine Idee, wir wollen die energetische Sanierung koppeln mit Photovoltaik, also wir wollen einerseits Energie sparen und damit Geld sparen, aber auf der anderen Seite wollen wir auch Photovoltaik pushen, wir wollen Erneuerbare pushen, weil uns das inhaltlich ein Anliegen ist. Und Schulen haben große Dächer, die sich dafür anbieten. Das Wuppertal Institut hat damals eine Firma gegründet um das dann umzusetzen. Aber der Clou ist, wir wollten dies mit den Schülern, Eltern, Lehrern und der Gemeinde zusammen machen. Dies war also kein anonymer Investmentfond, sondern Bürger konnten sich beteiligen, jeder konnte damit fünfhundert Euro Anteile zeichnen. Dieser Ansatz ist großartig, denn dadurch wurde die ökologische Komponente mit einer sehr sozialen Komponente verbunden. Und damit wurde die Energiewende der beteiligten Bürger realisiert, nicht etwas was die Politik mit dem Energieversorger aushandelt, sondern eine selbst gestaltete Energiewende, an der auch verdient wird. Weiterer Nebeneffekt ist, dass die Beteiligten die Prozesse und die technische Seite verstehen. Natürlich ist die Rücklaufzeit auf 20 Jahre ausgelegt, aber die Verzinsung ist super, sie ist sogar ein bisschen höher als die fünf, sechs Prozent, die wir zunächst angenommen hatten. Ein substanzieller Teil von dem, was wir im Klimaschutzbereich sehen, läuft bereits über solche Projekte. Dies ist eine der Möglichkeiten, was man tun kann, sich solche Projekte in der eigenen Gemeinde oder darüber hinaus zu suchen. Jeder kann sich überlegen, wo er oder sie sein Geld anlegt: Deutsche Bank, Genossenschaftsbank oder in solchen Projekten, wie eben beschrieben.

Kommen wir zur nächsten Frage. Wie können Kommunen strategisch Energiepolitik angehen? Welche Elemente gibt es auf einer ganz abstrahierten Ebene, mit denen Kommunen ihre Energiepolitik gestalten können? Das Erste ist das gesteckte Ziel oder nennen wir es Leitbild, wo will die Kommune hin, beispielsweise hundert Prozent erneuerbare im Jahr 2030 oder sie will energieautark werden oder die CO2-Emissionen um vierzig Prozent oder achtzig Prozent reduzieren, also dies ist zunächst zu bestimmen. Auch eine lebenswerte Stadt zu sein, gehört in solch ein Leitbild einer Kommune mit rein, oder sie will auch regional wirtschaften. Dieses Leitbild muss runter gebrochen werden; in Energiekonzept, Verkehrskonzept, Gebäudekonzept. Wie behandelt man die öffentlichen Gebäude in diesem Konzept? Und dann ist es Zeit, alles in Richtlinien umzusetzen, fürs Hochbauamt, wenn es um Gebäude geht, oder die Verkehrsplanung, denn wenn Straßen geplant werden, dann immer unter bestimmten Vorgaben, oder Parkplätze werden grundsätzlich ausgewiesen oder eben nicht. Die Verwaltung braucht Richtlinien, in welcher Weise etwas umgesetzt werden soll. Dann gibt es noch Einzelmaßnahmen, es wird eine Schule saniert, vielleicht eine Solarsiedlung, eine Bürgersolaranlage, alles Mögliche, was es an Einzelmaßnahmen gibt, die gebaut werden sollen. Und letztlich ist zu evaluieren, ob die Kommune Erfolg hat auf ihrem Weg oder ob das Leitbild angepasst werden muss. Ist es ein realistisches Leitbild, muss angepasst werden oder nachgesteuert mit weiteren Maßnahmen. Dies wäre idealtypisch solch ein Prozess in einer Kommune. Wenn ich mir die Realität ansehe, dann fällt mir als erstes auf, der Erfolg wird nicht gemessen und damit fehlt die Möglichkeit des Nachsteuerns.

Das Zweite aber, was immer wieder fehlt, ist diese Richtlinienebene, die gibt es nicht außer bei Pilotprojekten. Pilotprojekte sind super, das kann getestet werden, da kann der Bürgermeister dann das Band durchschneiden, das kommt in die Zeitung, und wenn etwas nicht klappt, war es nur ein Pilotprojekt, man kann beruhigen, das machen wir nie wieder. Ich habe viele Interviews mit Kommunenvertretern geführt und ein Gespräch ist mir in Erinnerung mit folgender Aussage: „Wenn ich in den Gemeinderat reingehe und brauche einen Beschluss zu einem Klimaschutzziel, den kriege ich sofort, das ist kein Problem. Aber wenn ich in den Gemeinderat reingehe und sage, wir wollen in die Schule eine effizientere Heizung einbauen, dann wird es ganz schwierig, weil die kostet mehr.“ Das ist natürlich eine totale Schizophrenie. Aber nicht überall, sondern es gibt schon Städte, die versuchen, das idealtypisch zu handhaben, z.B. Frankfurt am Main. Natürlich gibt es auch noch andere Städte, aber Frankfurt war da früh dran und sehr vorbildlich. Dort wurden- Leitlinien zum wirtschaftlichen Bauen im Jahr 2006 erlassen, wohlgemerkt die Leitlinien heißen nicht energiepolitisch oder klimaschonend. Natürlich- steht im Kleingedruckten dazu, dass die Maßnahmen ein Beitrag zum globalen Klimaschutz und Reduktion der CO2-Emission in Frankfurt/Main um fünfzig Prozent sind. Im Prinzip ist der Ansatz des Hochbauamtes großartig, der Klimaschutzbeschluss liegt vor - wie wird der Beschluss umgesetzt, wie wird er wirtschaftlich umgesetzt? Nehmen wir jetzt mal die Politik ernst, das Klimaschutzziel steht und muss wirtschaftlich umgesetzt werden. Was heißt das? Das heißt, es wird konsequent gemacht, bei jedem städtischen Gebäude, das die Stadt saniert, wird bei der Dachsanierung berücksichtigt, dass die Statik ggf. zu einem späteren Zeitpunkt die Aufstellung einer Solaranlage zulässt. Wie oft wird ein Dach saniert? Wird das nicht berücksichtigt, dann ist das Gebäude für vierzig Jahre verbrannt, da kann vierzig Jahre lang keine Solaranlage mehr gebaut werden. Deshalb sagt Frankfurt, jedes Haus, das wir sanieren, bauen wir so, dass wir eine Solaranlage drauf bauen könnten. Und ob wir das jetzt machen oder in fünf oder zehn Jahren und wie wir das machen und wer das finanziert, das ist eine andere Geschichte. Das wird bei jedem Haus gemacht, es gibt keine Ausnahme. Und es gibt mehrere Beispiele, wie die es machen, gut und sehr konsequent.

Eine andere Geschichte ist, hinsichtlich der Kostenberechnung Vorgaben zu machen. Das Problem bei Kommunen ist, dass eher die Investitionskosten eine Rolle spielen für die Investitionsentscheidung, viel weniger wird auf die laufenden Kosten nach Sanierung geachtet. Das kann dann dazu führen, dass zwar die Variante mit geringeren Investitionskosten gewählt wird, obwohl es langfristig teurer ist. In manchen Fällen werden auch die laufenden Kosten über die folgenden drei Jahre nach Baumaßnahme mit berücksichtigt für einen Vergleich. Aber das ist doch ein Witz, wenn eine Heizungsanlage zehn, zwanzig Jahre hält, warum dann nur die Energiekosten von drei Jahren dagegen rechnen? Die Anlage steht fünfzehn Jahre im Keller, und es geht um eine Kommune, die investiert. Hier ist die Wahrscheinlichkeit eines Standortwechsels gleich null. Die Gebäude wird die Kommune behalten. Die Frankfurter sind da weiter, sie berücksichtigen bei der Vergleichsrechnung für die Investitionsentscheidung neben den Investitionskosten auch die

Energieverbrauchskosten über die ganze Lebensdauer der Anlage. Und, das Besondere, auch die CO2-Emissionen werden verglichen und für jede Tonne CO2, die diese Anlage emittiert in ihrer ganze Lebensdauer wird die Tonne mit fünfzig Euro pro Tonne angesetzt, das wird einfach noch drauf gerechnet. Und dann wird verglichen, was am billigsten ist, und die Variante wird genommen. Plötzlich wurden sehr ökologische Varianten sehr viel billiger, das hat Frankfurt sehr früh gemacht und zu einer Zeit, da gab es noch keinen Emissionshandel, das haben die sich auch schon zu D-Mark-Zeiten ausgedacht. Die Kostenkalkulation je Tonne CO2 kommt aus der Betrachtung des ökologischen Schadens, und resultiert nicht aus dem, was die Tonne CO2 im Emissionshandel kostet (derzeit sind das sechs, sieben Euro). Nein, Frankfurt argumentiert mit seiner Verantwortung für das Gemeinwohl und seiner Übernahme dieser Verantwortung. Es ist ein relativ einfaches Konzept, wo man ganz systematisch Klimaschutz verankern kann, langfristig rechnen über die Lebenszykluskosten und die Umweltkosten mit berücksichtigen und natürlich ganz allgemeingültige Richtlinien.

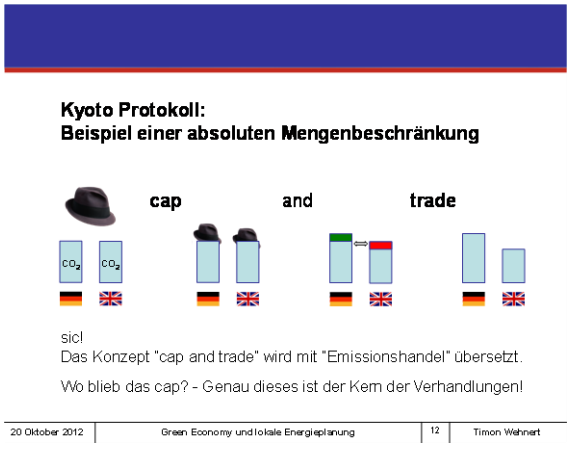
Und das ist auch eine Geschichte, bei der der Bürger Einfluss nehmen kann. Nicht unbedingt in einer großen Stadt wie Berlin oder Hamburg oder Köln, aber wer in einer kleinen Gemeinde mit zehn- bis zwanzigtausend Einwohnern lebt, kennt sicher jemanden aus dem Gemeinderat und stellt diesem die eben angesprochenen Fragen. Da kann man durchaus Einfluss nehmen, wenn man Leute kennt und wenn man das zu seinem Thema machen möchte. Und ich denke, da braucht es halt auch die Stimme der Bürger.

Energieeffizienz in Gebäuden war nach der Ölkrise in den 70er Jahren ein sehr großes Thema, Reduzierung des Energieverbrauchs wurde immer wichtiger. Deutschland hat zunächst die Wärmeschutzverordnung 1977 eingeführt, die ist jetzt revidiert worden, und jetzt heißt sie Energieeinsparverordnung, und die legt Grenzwerte fest. Wird ein Haus gebaut oder modernisiert, muss ein bestimmter Mindeststandard eingehalten werden. An der Stelle gibt es einen Deckel, und dieser Deckel geht langsam runter, die Gebäude werden immer effizienter. Deutschland liegt da ziemlich weit vorne mit dem was erreicht wurde. Aber nicht nur über harte dirigistische Maßnahmen wird gesteuert, sondern auf der anderen Seite gibt es eine Finanzierungsunterstützung, wenn bestimmte energetische Maßnahmen ausgeführt werden. Auch gibt es Pilotprojekte, wo geforscht und getestet wurde, und dann haben einzelne (sozusagen) Visionäre Solarhäuser oder Niedrigenergiehäuser gebaut. Wir testen das von unten, wir zeigen, was da drin ist, wir treiben da einen Innovationszyklus an mit diesen Pilotprojekten, aber gleichzeitig sagen wir, wir bleiben nicht nur auf dieser Ebene, wir machen mehrere Pilotprojekte,, und langsam bringen wir diese Technologien in die Masse und drücken dadurch den Energieverbrauch immer weiter runter. Das ist eine Erfolgsgeschichte, dieses Zusammenspiel von Maßnahmen, von unterschiedlichen Ecken sind ganz vorbildhaft Sachen eingebracht worden, und es gibt keinen Sektor in Deutschland, wo wir so erfolgreich waren wie bei der Wärme im Gebäudebereich. Und das ist auch ein Riesenbetrag, den wir in Wärme stecken. Im Verkehrsbereich sind wir leider meilenweit davon entfernt, eine ähnliche Erfolgsgeschichte zu schreiben.

Sehen wir uns Statistiken an, denn können wir feststellen, dass der Energieverbrauch pro Fläche immer weiter runter geht. Aber ein Problem gibt es, die Wohnfläche pro Kopf steigt stetig und deshalb bleibt der Raumwärmebedarf leider konstant. Trotz Effizienzsteigerung führt unser Lebensstil dazu, dass die Emissionsreduzierung stagniert.

Zwei Beispiele dazu aus meiner direkten Bekanntschaft, die erklären,, warum der Flächenverbrauch hochgegangen ist. Meine Schwägerin hat eine supertolle Wohnung, muss man sagen, die hatten Glück, zu einem günstigen Zeitpunkt eine riesige superschöne 140 qm-Wohnung in Berlin Mitte, ganz toll, es sei ihnen neidlos gegönnt. Das Kind ist jetzt aus dem Haus und die Eltern haben sich getrennt, deshalb wohnt meine Schwägerin jetzt allein in der riesigen Wohnung. Wenn sie diese Wohnung aufgibt, muss sie für die nächste Wohnung genauso viel zahlen, obwohl viel kleiner, weil die Wohnpreise gestiegen sind. Ihre Nachbarn haben drei Kinder, die hätten gern ein Zimmer mehr, aber das ist schwierig, ein Zimmer von einer Wohnung in eine andere rüberzuschieben, so sind unsre Häuser nicht gemacht. Ich vermute, dass es vielen ähnlich geht. Auch meine Eltern haben ein schönes, tolles Haus, und im großen Kinderzimmer meiner Schwester steht jetzt der Schreibtisch meines Vaters mit seinem Laptop drauf, ein luxuriöses Surfen im Internet. Solch einen Arbeitsraum hätte ich auch gerne. Aber der muss natürlich geheizt werden, und natürlich ist das nicht nachhaltig. Aber was macht er damit? Soll das Zimmer untervermietet werden oder sollen sie ausziehen, weil das Haus zu groß geworden ist? An dieser Stelle geht's natürlich ans Eingemachte. Im Fall meiner Schwägerin könnte ein Gebäude weiterhelfen, bei dem man die Grundrisse ändern kann, das wäre eigentlich großartig. Aber da braucht man nicht nur die Technik der Gebäude, das wäre auch mit dem Vermieter zu klären. Und was heißt das für Einfamilienhäuser? Müssen Leute, wenn die Kinder dann ausgezogen sind, auch ausziehen? Wie machen wir das gesellschaftlich, wie viele Ein-Familien-Häuser können wir uns leisten, wenn wir diesen Klimaschutz ernst nehmen? Und da geht es wirklich ans Eingemachte von Lebensstilen.

Die Frage ist, wie kommen wir jetzt zu absoluten Reduktionen? Zunächst springe ich kurz auf die Verhandlungsebene: das Kyoto-Protokoll und andere Klimaschutzverordnungen haben ein System, das heißt Cap and Trade. Dieses System funktioniert im Prinzip folgendermaßen:



Cap heißt Deckel bzw. Mütze, sehen wir uns die Emissionen der Länder an und machen an einer bestimmten Größenordnung einen Deckel drauf. Das heißt bis zu der festgelegten Grenze darf ein fiktives Land emittieren und mehr nicht. Schafft es ein Land, weniger zu emittieren, dann darf ein anderes Land mehr, wichtig ist, es gibt eine absolute Mengenbeschränkung. Emittiert ein Land mehr, als mit der Cap festgelegt wurde, muss es Berechtigungen für weitere Emissionen zukaufen (trade). Insofern ist der Begriff Emissionshandel für dieses

Konzept ein Übersetzungsfehler, denn die absolute Mengenbeschränkung (cap), das Entscheidende für den Klimaschutz, kommt in dem Begriff Emissionshandel nicht zu Ausdruck.

Wir haben in ganz vielen Bereichen absolute Mengenbegrenzungen. Zum Beispiel auf den Straßen, die Breite von Straßen steht fest, wenn sie erst mal gebaut sind. Die Menge an Parkplätzen können wir nicht ausweiten. Und diese absoluten Mengenbegrenzungen setzen wir im Verkehr sehr bewusst ein. So wird zum Beispiel der Innenstadtverkehr dadurch reguliert, dass wir den Parkzugang erschweren. Natürlich ist das ärgerlich, wenn man mit dem Auto in die Stadt fahren will, aber genau das ist ja das Ziel der Politik, dass die Leute nicht mit dem Auto in die Stadt fahren. In dem Fall geht es gar nicht mal um Klima, sondern es geht einfach um Staub und Dreck und Lärm in der Stadt. Um das zu erreichen, könnten Autos verboten oder die Menge der Autos begrenzt werden. Aber diese Art Regulierung passt nicht so in unser Weltbild. Die Parkraumbewirtschaftung ist ein ganz typisches Beispiel dafür, es dürfen nur die Anwohner parken. Und wenn man weiß, in der Stadt muss erst eine halbe Stunde Parkplatz gesucht werden, dann fahre ich halt mit der U-Bahn. Also durch eine absolute Mengenbegrenzung kann der Verkehr reguliert werden, oder es können umweltpolitische, aber durchaus auch soziale Maßnahmen angeschoben werden. Die Frage ist natürlich auch, wie werden die Maßnahmen kommuniziert, ist das eigentlich ein Verlust oder ist das ein Gewinn, wenn die Menge an Autos in der Innenstadt begrenzt ist?
Es sieht doch nicht so schlecht aus, eine Fußgängerzone mit Cafés auf der Straße. Natürlich ist dazu ein sinnvolles Verkehrssystem nötig.

Zusammengefasst lässt sich sagen, Effizienz ist enorm wichtig, und es lohnt sich, daran weiter zu arbeiten. Wenn es auch global um Gerechtigkeit geht, wenn es global darum geht, dass mehr Leute ein besseres Leben haben können, dann müssen wir die Welt effizienter gestalten. Aber um Klimaschutzziele zu erreichen, reicht es aus meiner Sicht nicht, nur auf die Effizienz zu achten. Die Produktionsseite muss mehr die erneuerbaren Energien nutzen. Und die Effizienzsteigerungen sollten wir koppeln, zum Beispiel an dynamische Preiserhöhungen, damit dieser Reboundeffekt durch ein Preissignal kompensiert wird. Weiter müssen die absoluten Mengenbeschränkungen (Cap) ausgebaut werden, also auf weitere Bereiche ausgedehnt werden (Beispiele wären da Flächenversiegelung, Fleischkonsum, Wohnraum etc.). Es fehlt nur noch das praktikable Geschäftsmodell dafür. Bleibt noch die Fragen, wie setzen wir eigentlich Preissteigerungen und Mengenbegrenzungen sozial gerecht um?

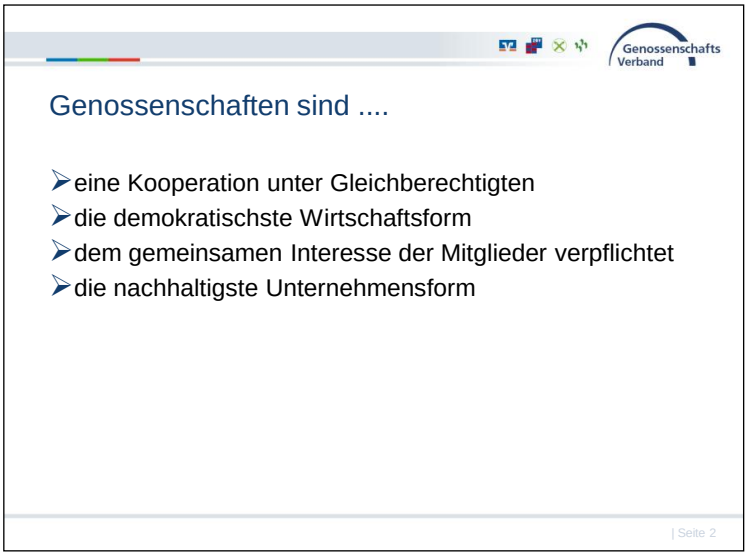
Abschließend möchte ich sagen, dass lokales Handeln enorm wichtig ist. Das ist eine Spielwiese, um Sachen auszuprobieren und umzusetzen, in der lokalen Ebene ist viel Potential drin.

Die Genossenschaft: Organisationsform für nachhaltiges Wirtschaften - Potenziale und Grenzen

Dr. Andreas Eisen

In der anhaltenden Debatte um die Zukunftsfähigkeit des Kapitalismus, bieten Genossenschaften in Deutschland ein Konzept, dass sich bereits weltweit etabliert hat.

Der Genossenschaftsverband ist in diesem Jahr hundertfünfzig Jahre alt geworden, jedoch die Idee, die dahinter steckt, die ist weitaus älter.



In Deutschland gibt es zwanzig Millionen Genossenschaftsmitglieder, das entspricht dem 4fachen der Aktionäre. Die Genossenschaften sind überall vertreten, am bekanntesten sind wohl die Volks- und Raiffeisenbanken, aber auch die Kette Intersportshop firmiert in der Rechtsform einer Genossenschaft.

Die genossenschaftliche Idee durchzieht alle Bereiche unserer Gesellschaft.

Der Mittelstand bildet den Kern unserer Wirtschaft und ohne das Wirken von Genossenschaften würde heute unsere Gesellschaft, unsere Wirtschaft nicht so dastehen. Am Beispiel der Volks- und Raiffeisenbanken lässt sich - im Zusammenhang mit der Finanzkrise - sehr gut erkennen, wie genossenschaftliches Handeln aussieht. Denn, von geringfügigen Ausnahmen abgesehen, wurde das Geld der Mitglieder und Kunden nicht in riskante Bereiche investiert.

Dr Andreas Eisen ist 1965 in Baden-Württemberg geboren. Studium der Verwaltungswissenschaften an der Universität Konstanz 1987 – 1992. Promotion zum Dr. rer. soc 1996. Wissenschaftliche Tätigkeiten in den Jahren 1992 – 2000 führten ihn u.a.an die Humboldt-Universität zu Berlin und das Wissenschaftszentrum für Sozialforschung Berlin (WZB). Zuletzt war Dr. Eisen als Geschäftsführer des Instituts für Genossenschaftswesen an der Humboldt- Universität Berlin tätig. Seit 2001 bereits in verschiedenen Positionen beim Genossenschaftsverband e.V. tätig übernahm Dr. Eisen im Jahr 2005 die Geschäftsführung der Geschäftsstelle Berlin

Genossenschaftliche Kooperation

- Gemeinsam...
  - mehr erreichen
  - Ideen verwirklichen
  - schaffen, was eine/r allein nicht schafft
- Beteiligung...
  - von unterschiedlichen Akteuren
  - in der Genossenschaft ist einfach und flexibel

Demokratie und Mitbestimmung

- Ein Mitglied – eine Stimme
- Mitglieder übernehmen Verantwortung
- Vorstand und Aufsichtsrat sind Mitglieder
- Schutz vor fremden Interessen/Spekulation

Mitgliederförderung

- Mitgliederinteressen stehen im Fokus der Genossenschaft
- Nutzer sind Eigentümer der Genossenschaft
- Genossenschaft ist Beteiligungsmodell – kein Renditemodell

Nachhaltigkeit

- Genossenschaften sind auf Nachhaltigkeit angelegt
- Genossenschaften sind unabhängig von bestimmten Mitgliedern
- Genossenschaften verbinden Flexibilität und Stabilität

Beispiele: Genossenschaften im Energiebereich...

1. Vernetzung von Kleinen und mittleren Unternehmen (KMU)
2. Miteinander von Bürger, örtlicher Wirtschaft und Kommunen

1. Strategie Kooperation – Potenziale für den Mittelstand

- Bündelung von Marktmacht
- Märkte erschließen – Märkte schaffen
- Kooperation statt Wettbewerb
- Bündelung verschiedener Kompetenzen
- Branchenübergreifende Lösungen
- Komplettlösungen und Serviceleistungen
- Gemeinsam Selbständig bleiben

NeMO eG -Netzwerk energiesparende Modernisierung

- zehn Meisterbetriebe des Handwerks
- energetisches Bauen und Sanieren als gemeinsames Produkt
- Genossenschaft ist Generalunternehmer in Handwerkerhand

➢ gemeinsam selbständig bleiben und neue Märkte erschließen in der Genossenschaft

- 10 Hochschulen und Forschungseinrichtungen sind Mitglieder
- Wissenschaftler als fördernde Mitglieder
- Kompetenzzentrum Windenergie
- Hochschul- und Forschungsverbund
- Bündelung von Kräften und Ressourcen
- Technologietransfer Forschung – Wirtschaft
- Kooperation Forschung – Wirtschaft bei FuE

➢ Genossenschaft verstetigt losen Forschungsverbund

2. Strategie Genossenschaft – Potenziale für die Region

- ➢ Gleichberechtigte Beteiligung von Bürgern, Gemeinde und Unternehmen
- ➢ Betroffene werden Beteiligte
- ➢ Bürger übernehmen Verantwortung
- ➢ Erhaltung von öffentlicher Infrastruktur und Dienstleistungen
- ➢ Attraktivitätssteigerung von Wohnort und Wirtschaftsstandort
- ➢ Wertschöpfung in der Region
- ➢ Überschüsse verbleiben bei Genossenschaft/Mitgliedern

BIOENERGIEDORF JÜHNDE eG

- 195 Mitglieder: Wärmekunden, Landwirte, Gemeinde, Kirche
- Energieproduktion (Wärme und Strom) auf Biomassebasis
- Dorf ist nahezu komplett an Wärmenetz angeschlossen
- doppelt so viel Stromproduktion wie im Dorf verbraucht wird

- Energieproduktion und –verbrauch
- Wertschöpfung in der Region
- Innovation in der Region

➢ Energiewende dezentral gestalten durch genossenschaftliche Bioenergiedörfer und Wärmegenossenschaften

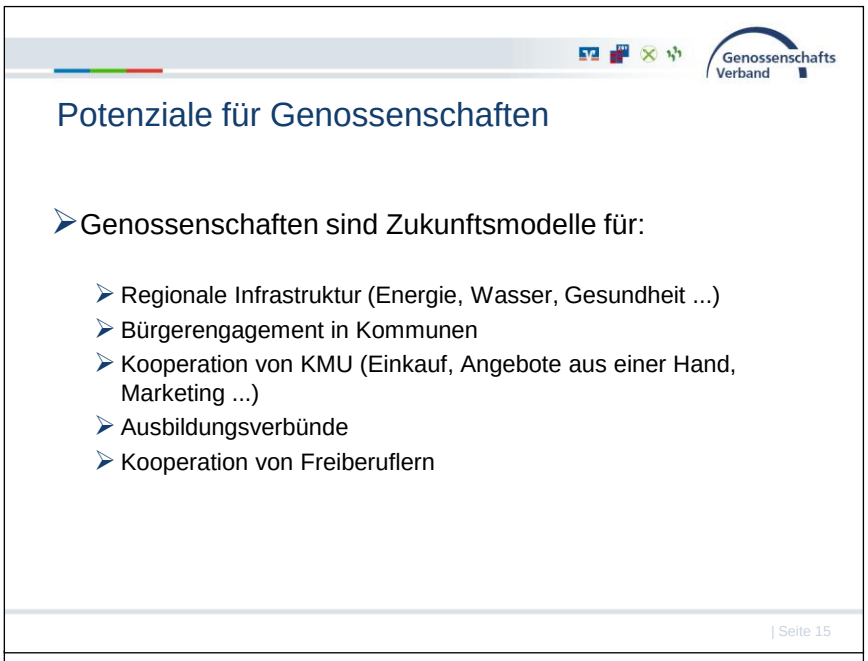
Eine Genossenschaft macht (elektro)mobil!

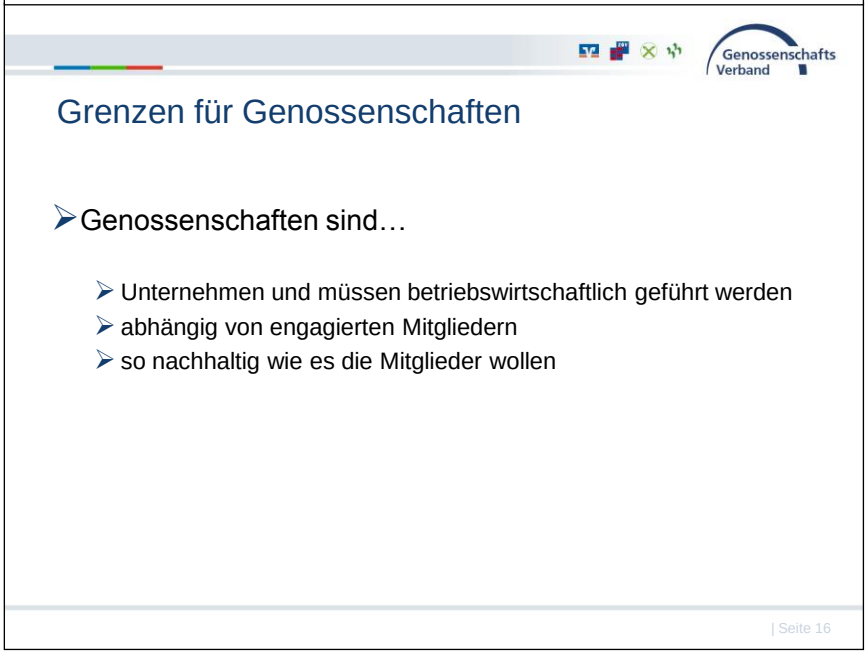
- 170 Mitglieder: Bürger, Gemeinden, Unternehmen
- Elektromobilität in Nordfriesland voranbringen
- Speicherung Erneuerbarer Energie voranbringen
- Vermittlung und Vermietung von Elektrofahrrädern
- Betrieb von Lade- bzw. Akkutauschstationen (30 Km-Umkreis)

➢ Genossenschaft schafft neue Infrastruktur für Elektromobilität

- Initiative von Städten, Gemeinden, Volksbank Odenwald eG
- über 700 Mitglieder: Bürger, Gemeinden, Unternehmen
- Bürger beteiligen sich an der Energiewende

➢ Genossenschaft schafft die Energiewende in der Region





Trotz der genannten Grenzen lassen sich in Genossenschaften die Potenziale und Kompetenzen der Mitglieder optimal nutzen, es ist in seiner Dimension vergleichbar mit dem Ehrenamt.

In Genossenschaften verbinden sich viele Potenziale, die nach ihren Fähigkeiten und Fertigkeiten genau das leisten, was sie im Stande sind zu leisten. Deshalb ist von den Genossenschaften in der Zukunft noch einiges zu erwarten.

Anlagen

Informationspapier 1 Geschichte der Nachhaltigkeit und des Rio-Prozesse

Im Jahr 2012, 20 Jahre nach der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro 1992, findet in diesem Jahr vom 20.-22. Juni der Erdgipfel Rio + 20 in Rio statt. Eines der beiden Hauptthemen dieser Nachfolgekonferenz lautet „Eine grüne Ökonomie im Kontext von Nachhaltigkeit und Armutsbekämpfung“. Der DFR nimmt diese UN-Konferenz zum Anlass, sich verstärkt dem Thema Green Economy zu widmen.

Was ist Nachhaltigkeit?

Die Abhängigkeit der Menschheit von den natürlichen Grundlagen der Erde wurde erst ein Thema, nachdem der unbekümmerte Fortschrittsoptimismus Anfang der 1970er Jahre infolge von Krisen ein Ende fand. Der **Club of Rome** kam in seinem Bericht „Die Grenzen des Wachstums“ von 1972 zu dem Ergebnis, dass wenn Bevölkerungswachstum, Ressourcenausbeutung und Umweltverschmutzung unverändert weitergingen, ein ökologischer Kollaps drohe, der einen katastrophalen wirtschaftlichen Niedergang zur Folge hätte. Dieser Bericht bewirkte eine intensive Auseinandersetzung mit den Zusammenhängen zwischen gesellschaftlichen Produktions- und Lebensstilen, Wirtschaftswachstum und der Endlichkeit von Ressourcen. Auch der Bericht **„Global 2000“**, der 1980 erschien, löste eine weitreichende öffentliche Debatte aus.

Die Zunahme von Umweltbelastungen trug dazu bei, dass Umweltaspekte in Politik und Medien größeres Gewicht erhielten. 1972 wurde auf der UN-Umweltkonferenz in Stockholm das **Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP)** gegründet. In zahlreichen Staaten wurden in der Folge eigenständige Umweltministerien geschaffen. Erstmals wurde auf der internationalen Politikebene über eine Verknüpfung zwischen Entwicklungs- und Umweltaspekten nachgedacht.

Angesichts wachsender ökologischer, sozialer und ökonomischer Probleme nahm 1983 die UN-Kommission für Umwelt und Entwicklung (**Brundtland-Kommission**) ihre Arbeit auf und entwickelte Handlungsempfehlungen für eine dauerhafte Entwicklung. Im Brundtland-Bericht wurde **Nachhaltigkeit** definiert: „Nachhaltig ist eine Entwicklung dann, wenn sie den Bedürfnissen der heutigen Generation entspricht, ohne die Möglichkeiten künftiger Generationen zu gefährden, ihre eigenen Bedürfnisse zu befriedigen und ihren Lebensstil zu wählen.“ Damit stellte die Kommission drei Grundprinzipien in den Mittelpunkt, die bis heute gültig sind: die globale Perspektive, die untrennbare Verknüpfung von Umwelt- und Entwicklungsaspekten, die Realisierung von Gerechtigkeit in der intergenerativen und intragenerativen Perspektive.

Auf Vorschlag der Brundtland-Kommission fand **1992 die UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro** statt, die eine Reihe weiterer Konferenzen nach sich zog, den sogenannten Rio-Folgeprozess, der zum Ziel hatte, das Leitbild der nachhaltigen Entwicklung auf verschiedenen Ebenen in Politik und gesellschaftliches Handeln umzusetzen.

Etappen der Nachhaltigkeit

1992 UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro

Globale und langfristige Problemstellungen verlangen eine neue Politik mit neuen Zieldefinitionen. Ökonomie, Ökologie und soziale Gerechtigkeit sollen verbunden werden zu einer nachhaltigen Entwicklung. Gerechtigkeit ist der Maßstab.

Folgende Dokumente wurden unterzeichnet:

- **Rio-Deklaration zu Umwelt und Entwicklung**
  Postuliert die Grundprinzipien gemäß der Definition von Nachhaltigkeit
- **Agenda 21**
  Auftrag der Weltgemeinschaft an alle Regierungen, sogenannte "nationale Nachhaltigkeitsstrategien" zu entwickeln. Diese Strategien sollen im Handlungsrahmen der Nationalstaaten Wege und Methoden beschreiben, wie das Leitbild der Agenda 21 - das Konzept einer "nachhaltigen Entwicklung" - in konkrete Schritte und Projekte übersetzt werden kann.
  Dieses Aktionsprogramm für das 21. Jahrhundert wurde von mehr als 178 Staaten verabschiedet und in unterschiedlichen Aktionsebenen (von der lokalen bis zur globalen Ebene) und in unterschiedlichen Zielgebieten (Schule, Industrie, Ecosysteme, Umwelt, Marktwirtschaft...) umgesetzt.
- **Klimarahmenkonvention**
  Ziel: Stabilisierung der Treibhausgasemissionen in der Atmosphäre

- **Konvention über biologische Vielfalt (Biodiversität)**
  Ziel: Erhalt der biologischen Vielfalt, der nachhaltigen Nutzung und gerechten Aufteilung
- **Walderklärung**
  Ziel: Bewirtschaftung, Erhaltung und nachhaltige Entwicklung der Wälder

1994 Umweltkonferenz in Oslo
1995 Weltfrauenkonferenz in Peking
Gleichstellung von Frauen als bedeutendes Element von Nachhaltigkeit; Gender Mainstreaming
1995 1. Klimakonferenz in Berlin
1997 Klimakonferenz in Kyoto und Unterzeichnung des Kyoto-Protokolls
1997 Earth Summit +5 (nach 5 Jahren Rio in New York)
2000 Milleniumsgipfel der UN in New York
Ziele:

- Bekämpfung von extremer Armut und Hunger
- Primarschulbildung für alle
- Gleichstellung der Geschlechter und Stärkung der Rolle der Frauen
- Senkung der Kindersterblichkeit
- Verbesserung der Gesundheitsversorgung der Mütter
- Bekämpfung von HIV/AIDS, Malaria und anderen schweren Krankheiten
- Ökologische Nachhaltigkeit
- Aufbau einer globalen Partnerschaft für Entwicklung

2002 Weltgipfel Rio + 10 in Johannesburg
Verabschiedung eines Aktionsplans mit neuen Zielen und Umsetzungsprogrammen für Umweltschutz und Armutsbekämpfung weltweit

- Abwasserentsorgung und Trinkwasser
- Chemikalien
- Erneuerbare Energien
- Biologische Vielfalt

2012 Rio+20

- Zum 20-jährigen Jubiläum findet wieder ein Weltgipfel in Rio de Janeiro statt (Juni 2012)

Bilanz des Rio-Prozesses
Nach zwanzig Jahren Rio-Prozess fällt die Bilanz eher düster aus: die Überwindung von Armut und Hunger ist im globalen Kontext längst nicht erreicht, auch wenn sich in China und anderen Schwellenländern Indikatoren verbessert haben. Die Kluft zwischen Arm und Reich vertieft sich sogar. Umweltprobleme wie die globale Erwärmung und der Verlust an biologischer Vielfalt bestehen weiter. Die Weltklimakonferenz 2009 in Kopenhagen scheiterte und eine international verbindliche Klimapolitik für die Zeit ab 2013 ist nicht in Sicht. Auch der Artenverlust konnte nicht gestoppt werden.
Erfolg verzeichnet der Rio-Prozess in der Verbreitung des Nachhaltigkeitsgedankens. Die Diskussion um Nachhaltigkeit und die engen Verschränkungen von Umwelt- und Entwicklungsproblemen wurden auf globaler, nationaler sowie auf kommunaler Ebene intensiviert. In Deutschland hat der Begriff Eingang in viele Bereiche gefunden, z.B. Politik, Unternehmen, Verwaltungen, Bildung, Zivilgesellschaft. Doch die konkrete Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele gelang bisher nur punktuell. Der Konflikt zwischen Ökologie und Ökonomie ist nicht gelöst. Den nicht veränderbaren ökologischen Grenzen steht ein Wirtschaftssystem gegenüber, das auf ständigem Wachstum basiert.
Was kann das Konzept der „Grünen Ökonomie“ leisten?
Green Economy soll die Herausforderungen einer zukunftsfähigen Wirtschaft meistern und eine Antwort finden auf die Krisen der Energieversorgung und des Klimas sowie auf die Finanz- und Wirtschaftskrise. Wie Nachhaltigkeit ist auch Grüne Ökonomie ein dehnbarer Begriff, der unterschiedliche Konzepte hervorgebracht hat. Alle gehen davon aus, dass Wachstum vom Ressourcenverbrauch abgekoppelt werden soll. Mit weniger Ressourcen soll mehr produziert werden. Investitionen in Schlüsselsektoren zielen darauf ab, Beschäftigung zu schaffen und Umweltkrisen zu managen. Dazu zählen z.B. die Erhöhung der Energieeffizienz von Gebäuden, die erneuerbaren Energien, das Elektroauto und neue Mobilitätskonzepte. Durch Effizienzgewinne und Technologie sollen

Arbeitsplätze und Wachstum in grüne Sektoren verschoben und ein Wachstum der Grenzen erzielt werden.
Die Definition von Nachhaltigkeit umfasst die Verwirklichung von Gerechtigkeit, indem die Bedürfnisse gegenwärtiger Generationen befriedigt werden, ohne damit die Möglichkeiten von zukünftigen Generationen einzuschränken. Vorrangige Ziele sind die Befriedigung der Grundbedürfnisse der Armen auf der Welt und der Respekt vor den Grenzen der Umwelt. Die bisherigen Konzepte der Green Economy umfassen die Gerechtigkeitsfrage jedoch nur unzureichend. Keine Antwort liefert sie auf die Frage, wie soziale Rechte eingelöst werden sollen. Infolgedessen werden auch die Machtassymmetrien zwischen Männern und Frauen, sozialen Klassen, Nord und Süd nicht thematisiert.

Anders Wirtschaften ist gefragt

Feministische Ökonominnen kritisieren seit Langem die Marktlogik von Wachstum, Effizienzsteigerung und Rendite, die ihnen zufolge eine strukturelle Rücksichtslosigkeit gegenüber Menschen, dem Sozialen und der Natur hervorruft und zu wiederkehrenden Krisen führt. Sie setzen sich für eine Versorgungswirtschaft (Care Economy) ein, die die Spaltung von Sorge- und Marktökonomie, von unbezahlter und bezahlter Arbeit, aufhebt. Der Reproduktion von Gesellschaft und Natur wollen sie den Vorrang geben vor Wachstum und Profit. Es geht um das Umsteuern in Richtung einer bedarfsorientierten Wirtschaft, die angesichts der Ressourcenknappheit teilt, umverteilt und sich mit weniger materiellen Gütern begnügt (Prinzip der Suffizienz).

Was kann der DFR tun?

Die Krisen, die wir erleben, stellen uns vor Herausforderungen, denen wir uns stellen müssen. Eine Umsteuerung zu einem anderen Wirtschaften scheint unumgänglich. Im Vorfeld von Rio + 20 gibt es weltweit Initiativen von Frauen, die sich mit den ökologischen, ökonomischen und sozialen Zielen des Rio-Prozesses und deren Umsetzung befassen. Sie diskutieren Stärken und Schwächen der Green Economy und alternative Konzepte, die dem Rechnung tragen, was Frauen wichtig ist.

Diskutieren Sie mit!

In Ihren Ortsringen, mit Freundinnen und Bekannten und in Ihrer Familie!
Gesellschaftliche Veränderungen werden infolge der Finanz- und Wirtschaftskrise immer dringender. Dies stellt eine Chance dar, die Gesellschaft entsprechend der Ziele Versorgung, Einlösung von Menschenrechten und Vorsorge vor Schutz von Schäden zu gestalten. Mit Ihren Ideen tragen Sie dazu bei, die Position des DFR zu diesen Fragen zu entwickeln und gesellschaftliche Veränderung zu gestalten. Der DFR als großer Frauenverband organisiert seit 1949 politische Teilhabe von Frauen. 2012 steht das Thema Green Economy auf der Agenda.

Weitere Informationen:

20 Jahre danach. Eine kleine Geschichte des Rio-Prozesses, hg. Von Brot für die Welt und Evangelischer Entwicklungsdienst, November 2011
http://www.eed.de//fix/files/doc/eed-bfdw_20-Jahre-danach_2011_deu.pdf
Projekt: Green Economy: Gender_Gerecht
www.genanet.de
Green Economy. Gerechtigkeit oder Begrünung des Kapitalismus? Frauenrat 5/2011 zu bestellen unter http://www.frauenrat.de/deutsch/allgemein/einzelheftbestellung.html

Diskussionspapier des Projekts Green Economy Gender_Gerecht
http://www.genanet.de/uploads/media/17.11.11._Diskussionspapier_end.pdf
Eckpunkte-Papier des Deutschen Frauenrats zur Diskussion um Green Economy
http://www.frauenrat.de/fileadmin/user_upload/infopool/beschluesse/DF-Eckpunke_2011_Green_economy.pdf
Fair Future. Begrenzte Ressourcen und globale Gerechtigkeit. Ein Report des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt und Energie, München 2006
Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt. Ein Anstoß zur gesellschaftlichen Debatte. Eine Studie des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt und Energie, 2008

Informationspapier 2 Ökonomie und Gesellschaft

Ziele einer Grünen Ökonomie

Green Economy ist ein Wirtschaftskonzept, das sich an ökologischer Nachhaltigkeit, wirtschaftlichem Erfolg und sozialer Gleichheit orientiert. Sie ist Leitthema der Konferenz der Vereinten Nationen über nachhaltige Entwicklung, die im Juni 2012 in Rio de Janeiro stattfindet. Im Vordergrund steht dabei eine grüne Wirtschaftsweise, die folgende Ziele verfolgt: öffentliche und private Investitionen sollen dazu beitragen, Emissionen zu reduzieren, Energie zu sparen, nachhaltig mit Ressourcen umzugehen und biologische Vielfalt zu schützen. Das Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) hat folgende Definition formuliert:

> *„Green Economy ist eine Wirtschaftsweise, die zu erhöhtem menschlichen Wohlbefinden und mehr sozialer Gerechtigkeit führt, während sie gleichzeitig Umweltrisiken und ökologische Knappheit deutlich verringert."*

Green Economy ist kein neues Konzept. Der Begriff geht auf wirtschaftspolitische Überlegungen der 1980er Jahre zurück. Im Gegensatz zum Bericht des Club of Rome über die Grenzen des Wachstums von 1972, der für Verzicht plädierte, betont Green Economy die Chancen: Mit Hilfe von Umwelttechnologien und einer ressourceneffizienten Wirtschaftsweise soll der Kapitalismus zukunftsfähig werden. Qualitatives Wachstum und die Entkoppelung von Wirtschaftswachstum und Ressourcenverbrauch sollen dazu dienen, Ökologie und Ökonomie zu vereinbaren. Um dies zu erreichen werden folgende Instrumente eingesetzt:

- Emissionshandel
- Fiskalische Anreize wir Umweltsteuern
- Abbau umweltschädlicher Subventionen
- Höhere Ausgaben für Forschung und Entwicklung im Energie- und Umweltsektor
- Ausgleichszahlungen für den Erhalt von Ökosystemen
- Grüne Konjunkturprogramme

Im Green Economy Bericht der **UNEP** von Februar 2011 heißt es, dass dauerhafte Investitionen in Höhe von 2% der globalen Wirtschaftsleistung (etwa 1,3 Billionen US-Dollar) in zehn Schlüsselsektoren notwendig wären, um die Transformation zu einer kohlenstoffarmen und ressourceneffizienten Weltwirtschaft in Gang zu setzen.

Die **Europäische Kommission** kommt in einer Roadmap für eine kohlenstoffarme Wirtschaft zu ähnlichen Ergebnissen. Die nötigen Investitionen für den Umbau der Wirtschaft in der EU beziffert die EU-Kommission auf 1,5% des EU-Bruttoinlandprodukts (BIP). Sie geht davon aus, dass diesen Kosten ein erheblicher wirtschaftlicher Nutzen gegenüberstehe, darunter 1,5 Millionen zusätzliche Arbeitsplätze allein bis 2020 sowie Wachstumsimpulse und Wettbewerbsvorteile für die Wirtschaft.

Die **Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD)** hat eine grüne Wachstumsstrategie erarbeitet. Sie geht davon aus, dass die derzeitige Finanz- und Wirtschaftskrise die Chance mit sich bringe, einen neuen ökologisch und sozialen Wachstumspfad einzuschlagen. Gezielte Regierungsinterventionen seien notwendig, um bestehendes Marktversagen anzugehen. Steuerliche Maßnahmen, eine spezifische Innovationspolitik, marktnahe Instrumente und Anreizsysteme sowie ordnungspolitische Eingriffe sollen helfen, grünes Wachstum zu schaffen.

Green New Deal

Das Umweltprogramm der Vereinten Nationen UNEP hat den Begriff des Green New Deal aufgegriffen und verbreitet. Ziel ist es, Arbeitsplätze in „grünen" Industrien zu schaffen, dadurch die Wirtschaft anzukurbeln und gleichzeitig den Klimawandel zu bremsen. In Deutschland hat Bündnis 90/Die Grünen ein weitgehendes Konzept eines Green New Deal vorgelegt. Effizienzgewinne und Technologien sollen dabei helfen, das Wirtschaftswachstum vom Ressourcenverbrauch zu entkoppeln. Dadurch sollen Jobs und Wachstum in grüne Sektoren geschoben und ein Wachstum der Grenzen der ökologischen Belastbarkeit erzielt werden.

Enquête Kommission des Bundestages

Die Enquête-Kommission "Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität" unter Vorsitz von Daniela Kolbe (SPD) soll den Stellenwert von Wachstum in Wirtschaft und Gesellschaft ermitteln, einen ganzheitlichen Wohlstands- und Fortschrittsindikator entwickeln und die Möglichkeiten und Grenzen der Entkopplung von Wachstum, Ressourcenverbrauch und technischem Fortschritt ausloten. Im Antrag der Fraktionen des Bundestages CDU/CSU, SPD, FDP und Bündnis90/Die Grünen zur Einsetzung dieser Enquete-Kommission vom November 2010 heißt es:

„In den letzten Jahrzehnten hat die deutsche Wirtschaft bei der Steigerung der Energie- und Materialeffizienz signifikante Fortschritte erzielt. Realisierte Effizienzgewinne werden aber teilweise durch vermehrten Ressourcenverbrauch an anderer Stelle aufgezehrt (sog. Rebound-Effekte), wozu auch kulturelle Faktoren und individuelle Lebensstilentscheidungen beitragen. Deshalb stehen die Fragen auf der Tagesordnung, wie Stoffkreisläufe gestärkt werden können, die die Regenerationsfähigkeit der natürlichen Systeme gewährleisten, und wie die nachhaltige Nutzung von Naturgütern und Rohstoffen mit dem Ziel der Entkopplung von Wachstum und Ressourcenverbrauch erreicht werden kann."

Wir benötigen einen neuen Wohlstandsindikator, denn das BIP als Indikator für Wirtschaftswachstum greift zu kurz:

„Unstreitig ist, dass das BIP soziale und ökologische Aspekte nicht hinreichend abbildet. Umweltkatastrophen führen durch kostspielige Gegenmaßnahmen sogar zu einer Steigerung des BIP. Außerdem gibt es in der internationalen wissenschaftlichen Diskussion eine Auseinandersetzung darüber, dass ab einem bestimmten Niveau die Steigerung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit nur noch geringfügigen Einfluss auf die Lebenszufriedenheit der Menschen habe. Daraus ergeben sich die Fragen, ob das Wachstum des BIP als wichtigster Indikator einer erfolgreichen Wirtschaftspolitik gelten kann und welche Möglichkeiten es gibt, einen umfassenderen ergänzenden Wohlstandsindikator zu entwickeln."

Wie ist eine stabile und zufriedenstellende gesellschaftliche Entwicklung ohne oder mit nur geringem Wachstum möglich?

„Die Institutionen des Sozialstaates geraten in Stagnations- oder Rezessionsphasen besonders schnell und stark unter Druck. Hinzu kommt, dass im Zuge des demografischen Wandels die Schulden von heute die politischen und gesellschaftlichen Gestaltungsmöglichkeiten von morgen beschränken. Hier ist zu fragen, ob eine stabile Entwicklung auch ohne oder mit nur geringem Wachstum möglich ist und wie eine generationengerechte Finanzpolitik und die langfristige Stabilisierung der sozialen Sicherung auf der Basis europäischer Sozialstaatsmodelle erreicht werden können."

Die Enquête-Kommission hat im Januar 2011 ihre Arbeit aufgenommen. Jedoch geriet sie in die Kritik, da zunächst keine Frau in die Gruppe der Sachverständigen berufen worden war.

Eine ressourcenleichte Wirtschaft

Globale Gerechtigkeit angesichts von Grenzen der Naturbelastung verlangt den Rückzug aus der Überaneignung des Umweltraums. Für den Übergang von einer ressourcenverzehrenden zu einer ressourcenleichten Wirtschaft sind drei Strategien relevant:

Effizienz

Durch verbesserte Technik und Organisation, durch Wiederverwendung und Abfallvermeidung soll der Einsatz von Stoffen und Energie pro Ware oder Dienstleistung verringert werden. Beispiele dafür sind strom- und wassersparende Waschmaschinen, Leichtbaufahrzeuge, recyclingfähige Produkte. Zwar verzeichnet die Effizienzstrategie Erfolge, die aber durch die weltweit wachsende Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen aufgezehrt werden (rebound Effekt).

Konsistenz:

Konsistenz bedeutet in diesem Zusammenhang, dass industrielle Stoffwechselprozesse die natürlichen nicht stören dürfen. Dabei soll eine Wirtschaft so aufgebaut werden, dass aus dem Abfall der einen Nutzungsstufe Rohmaterial für die nächste wird. Beispiel: Kraftwerke stellen mit der Stromerzeugung auch Abwärme zur Fernheizung bereit. Aber auch dieser Ansatz kann nur einen Teil an Nachhaltigkeit leisten.

Suffizienz:

Suffizienz bedeutet, dass nur so viel an Leistungen in Anspruch genommen wird, wie für das Wohlergehen der Einzelnen und des Ganzen zuträglich ist. Dabei steht die Frage „Wie viel ist genug?" im Vordergrund. Suffizienz bezieht sich nicht nur auf den individuellen Konsum, sondern stellt eine politische Dimension dar. Sie stellt eine Abkehr vom Wirtschaftswachstum dar, denn niemand soll immer mehr haben müssen.

Ethischer Konsum und nachhaltige Lebensstile

Eine grüne Ökonomie zielt auch auf das Konsumverhalten. Produkte und Dienstleistungen, die ökologisch und sozialverträglich hergestellt werden, werden zunehmend von VerbraucherInnen bevorzugt. Nachhaltigkeit prägt neue Lebensstile. Nicht klar ist bislang, welchen Anteil der private Konsum an den Klimagasemissionen hat und welche Konsumbereiche aus ökologischer Sicht besonders bedenklich sind. Lebensmittel gehören zu den Produkten, die eine besondere Belastung aufweisen. Nach neuen Studien werden 40% der produzierten Lebensmittel unbenutzt weggeworfen. Jede zweite Kartoffel wird schon bei der Ernte aussortiert, jedes fünfte Brot kommt unverkauft in die Mülltonne (Studie von Slow Food). Jedoch kaufen heute viele KonsumentInnen nach ethischen Kriterien ein, wie z.B. biologische Landwirtschaft, menschenwürdige Arbeitsbedingungen, soziale Verantwortung, umweltfreundliche Herstellung, fairer Handel, Recycelbarkeit und Regionalität.

Care Economy: Sorge für Natur und Menschen

Die vorliegenden Konzepte einer Green Economy setzen auf wirtschaftliches Wachstum und Effizienzsteigerung. Die Marktökonomie soll grün gestaltet werden. Diese Konzepte weisen jedoch Lücken auf: der Bereich der Reproduktion und Sorgearbeit findet keine Berücksichtigung und die Frage nach gesellschaftlicher Gerechtigkeit wird nicht beantwortet. Feministische Ökonominnen haben deshalb alternative Wirtschaftsmodelle einer Versorgungswirtschaft (Care Economy) entwickelt, die Geschlechtergerechtigkeit einschließen und die Spaltung zwischen Sorgearbeit und Marktökonomie sowie die geschlechtshierarchische Arbeitsteilung zwischen bezahlter Erwerbsarbeit und unbezahlter Sorgearbeit aufheben. Diese Modelle basieren nicht auf Wachstum und Profit, sondern verstehen Wirtschaften als versorgende Tätigkeit, die Bedürfnisse befriedigt und Wohlbefinden erzeugt. Eine solche bedarfsorientierte Wirtschaft geht nicht zu Lasten anderer und der Natur, setzt auf Kooperation statt Konkurrenz und geht mit Ressourcen sparsam und erhaltend um. Care Economy basiert auf drei Kernelementen:

- Umverteilung und Umbewertung aller Arbeit
- Rückbau von Produktion, Handel und Konsum durch Schrumpfen der ressourcen- , energie- und emissionsintensiven Überproduktionsindustrien (z.B. Autoindustrie)
- Schrumpfen des Rohstoffverbrauchs und der Ausbeutung von Billigarbeitskräften im Süden. Der Überkonsum globaler Mittelschichten soll gestoppt werden.

Gleichzeitig sollen die Versorgungs- und Erhaltungssektoren der Wirtschaft wachsen und öffentliche Güter zurück gewonnen werden. Ziel der Versorgungswirtschaft ist ein gutes Leben mit Zeit- und Versorgungswohlstand. (Christa Wichterich (2011), Kapitalismus mit Wärmedämmung) Neue Lebensentwürfe jenseits der Erwerbsarbeit und suffizientere Lebensstile müssen soziale Anerkennung finden.

Informationspapier 3 Green Economy vor Ort

Agenda 21 und nationale Nachhaltigkeitsstrategie
Auf dem UN-Erdgipfel von Rio de Janeiro 1992 beschlossen mehr als 178 Staaten mit der Agenda 21 ein weltweites entwicklungs- und umweltpolitisches Aktionsprogramm für das 21. Jahrhundert, mit dem eine nachhaltige Entwicklung umgesetzt werden sollte. Die Nationalstaaten verpflichteten sich, das Konzept einer nachhaltigen Entwicklung in konkrete Schritte und Projekte zu übersetzen. Die deutsche Bundesregierung hat 2002 eine nationale Nachhaltigkeitsstrategie mit dem Titel „Perspektiven für Deutschland“ beschlossen, die fortlaufend weiterentwickelt wird. Sie enthält konkrete Aufgaben und Ziele für eine nachhaltige Entwicklung in Deutschland. Die Bundesregierung veröffentlicht regelmäßig Fortschrittsberichte, die im Einzelnen darüber informieren, wie sich die Kernbereiche nachhaltiger Politik weiterentwickelt haben.

Fortschrittsbericht der Bundesregierung 2012
Der jüngste Fortschrittsbericht der Bundesregierung zur Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie betont, dass Nachhaltigkeit alle Politikfelder betrifft. Es geht um eine Politik und Art des Wirtschaftens, die Zukunftsfähigkeit zum Maßstab heutiger Entscheidungen macht und kurzfristiges Denken zugunsten einer langfristig angelegten, übergreifenden Verantwortungspolitik überwindet. Gemessen wird der Fortschritt der Nachhaltigkeitspolitik an Indikatoren zu 21 unterschiedlichen Themen. Positive Entwicklungen gab es im Klimaschutz, bei den erneuerbaren Energien, der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, der Studienanfängerquote sowie bei der Erwerbstätigkeitsquote Älterer. In anderen Bereichen werden die gesteckten Ziele dagegen bisher nicht erreicht oder geht die Entwicklung sogar in die falsche Richtung. Dies gilt z.B. für die Flächenneuinanspruchnahme, die Entwicklung der Gütertransportintensität oder den Verdienstabstand zwischen Frauen und Männern.

Lokale Agenda 21
Nicht nur die Regierungen der einzelnen Staaten sind verantwortlich für die Umsetzung der nachhaltigen Entwicklung auf nationaler Ebene. Wichtig für den Erfolg der Maßnahmen und Projekte ist eine breite Beteiligung der Öffentlichkeit bzw. der Bevölkerung, denn nachhaltige Entwicklung kann nur gelingen, wenn alle sich beteiligen und ihr Verhalten ändern. Eine besondere Rolle und Verantwortung tragen deshalb Kommunalverwaltungen, die für ihren Bereich die Umsetzung der lokalen Agenda 21 im Konsens mit ihren Bürgern herstellen sollen. Die Mitwirkung der Kommunen wird als entscheidender Faktor für den Erfolg der Agenda 21 gesehen, denn viele Probleme und Lösungen, die in der Agenda 21 aufgeworfen werden, sind auf Aktivitäten auf der örtlichen Ebene zurückzuführen. „Kommunen errichten, verwalten und unterhalten die wirtschaftliche, soziale und ökologische Infrastruktur, überwachen den Planungsablauf, entscheiden über die kommunale Umweltpolitik und kommunale Umweltvorschriften und wirken außerdem an der Umsetzung der nationalen und regionalen Umweltpolitik mit. Als Politik- und Verwaltungsebene, die den Bürgern am nächsten ist, spielen sie eine entscheidende Rolle bei der Informierung und Mobilisierung der Öffentlichkeit und ihrer Sensibilisierung für eine nachhaltige umweltverträgliche Entwicklung." (Agenda 21, Kapitel 28,1)
In Deutschland haben viele Städte und Gemeinden im Dialog mit den lokalen Akteuren aus Wirtschaft, Politik und Zivilgesellschaft ein kommunales Programm für eine zukunftsfähige Entwicklung erarbeitet und umgesetzt. Dabei erweisen sich viele Kommunen als Pioniere des Wandels für eine nachhaltige Entwicklung vor Ort, insbesondere in den Bereichen Energiewende, kultureller Wandel hin zu neuen Verhaltensweisen und Lebensstilen, interkulturelle Zusammenarbeit, zivilgesellschaftliche Beteiligung in den Kommunen.

Kernthemen einer nachhaltigen Entwicklung vor Ort

- **Nachhaltiges Wirtschaften in Deutschland**
  Die Bundesregierung weist der Wirtschaft eine Schlüsselrolle beim notwendigen Umbau zu einer kohlendioxidarmen, ressourceneffizienten Gesellschaft zu. Sie sieht eine enge Verknüpfung zwischen nachhaltigem Wirtschaften und Innovationen, die notwendig sind, um die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands im internationalen Vergleich zu erhalten. Unternehmen werden zunehmend vor der Herausforderung stehen, Antworten auf Globalisierung, Klimawandel und die Verknappung und Verteuerung von Rohstoffen zu finden. Das Ziel, die Rohstoff- und Energieproduktivität zu steigern und möglichst den Ressourcenverbrauch vom Wachstum zu entkoppeln, steht deshalb im Zentrum der

Bemühungen. Unternehmen werden diesen Entwicklungen in Zukunft Rechnung tragen und ihre Strategien darauf ausrichten. Daraus werden enorme Chancen für einzelne Wirtschaftssektoren abgeleitet. Besonders in den Bereichen natürliche Ressourcen (Energiesektor, Forstwirtschaft, Landwirtschaft und Nahrungsmittelproduktion, Wasser, Metall), Gesundheit und Bildung wird mit weltweiten Umsatzchancen ab 2020 gerechnet. Im Bereich der Wirtschaft liegen deshalb nicht nur besondere Herausforderungen, sondern auch besondere Chancen für die Nachhaltigkeitspolitik.

- **EU-Strategie 2020**
  Die Europäische Union verfolgt mit „Europa 2020 – Strategie für Beschäftigung und intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum“ von 2010 das Ziel, der europäischen Politik eine neue Orientierung zu geben. Wettbewerbsfähigkeit, Produktivität, Wachstumspotenzial, sozialer Zusammenhalt und Konvergenz in Europa sollen durch mittel- und langfristig angelegte strukturelle Reformen gestärkt werden. Diese wirtschafts- und beschäftigungspolitische Strategie ist auch auf Nachhaltigkeit ausgerichtet und zielt auf ein ressourcenschonendes Europa ab.
- **Vorsorgendes Wirtschaften**
  In Informationspapier 2 wurde dargelegt, dass das Konzept der Green Economy zu kurz greift, da es die Bereiche Reproduktion und Sorgearbeit sowie gesellschaftliche Gerechtigkeit nicht berücksichtigt. Das 1992 entstandene Frauen-Netzwerk „Vorsorgendes Wirtschaften“ hat ein zukunftsfähiges Konzept erarbeitet, das einen Perspektivwechsel vornimmt, indem das „Ganze der Ökonomie“ und das „Ganze der Arbeit“ in den Blick genommen werden. Das Sorgen für sich und andere - einschließlich zukünftiger Generationen - sowie für die natürliche Mitwelt steht im Vordergrund. Es geht davon aus, dass unser Wirtschaftssystem nicht allein über Erwerbsarbeit funktioniert, sondern dass versorgungswirtschaftliche Bereiche für jedes Wirtschaftssystem und für das Wohlbefinden der Menschen von grundsätzlicher Bedeutung sind. Vorsorgendes Wirtschaften wird als conditio sine qua non für nachhaltige Entwicklung betrachtet. Eine vorsorgende Wirtschaftsweise setzt an Formen des sorgenden, in unserer Gesellschaft immer noch überwiegend weiblichen, Wirtschaftens an. Denn Wirtschaften ist immer eingebettet in das soziale Leben der Menschen und in ihre natürliche Mitwelt.

  > „Stellen wir uns die Frage, wie wir in Zukunft zusammen auf dieser Erde leben wollen, so kann die Antwort sicherlich nicht lauten, weiterhin zu wirtschaften wie bisher. Denn unser heutiger Lebens- und Konsumstil ist langfristig nicht für alle Menschen erreichbar, nicht verallgemeinerbar. Eine langfristig für alle Menschen verträgliche, vorsorgende Wirtschaftsweise verlangt das Wirtschaften nach anderen Prinzipien als den bisher in der Erwerbswirtschaft üblichen. Als Prinzipien des Vorsorgenden Wirtschaftens haben wir folgende erarbeitet: Orientierung am Lebensnotwendigen statt an monetären Größen, Kooperation statt Konkurrenz, Vorsorge statt Nachsorge.“ (Netzwerk Vorsorgendes Wirtschaften http://www.vorsorgendeswirtschaften.de/)

- **Klima und Energie**
  Ein Netzwerk aus Politikern, Wissenschaftlern und Ökonomen rund um das Mittelmeer haben ein Konzept erarbeitet, das durch die groß angelegte Produktion von sauberem Wüstenstrom die globalen CO2-Emissionen reduzieren und gleichzeitig den Strombedarf einer wachsenden Weltbevölkerung decken kann. Das DESERTEC-Konzept sieht vor, in den Wüsten Nordafrikas und des Mittleren Ostens dafür zu sorgen, dass Strom aus Sonnenenergie und Windkraftanlagen produziert wird, der auch den Energiebedarf Europas decken kann. Mit Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragung sollen die Standorte erschlossen werden. DESERTEC ist ein ganzheitliches Lösungskonzept, um sowohl den wachsenden Energiebedarf der Menschheit zu decken als auch die CO2-Emissionen rechtzeitig zu senken, bevor die globale Erwärmung außer Kontrolle gerät. Zur Umsetzung dieses Konzepts wurde 2009 die gemeinnützige DESERTEC Foundation gegründet. Sie ist eine zivilgesellschaftliche globale Initiative zur Gestaltung einer nachhaltigen Zukunft. Im Mittelmeerraum hat sie die Industrieinitiative Dii GmbH initiiert und mitgegründet, die an einem langfristigen Umsetzungsplan bis 2050 arbeitet. 2011 wurden Projekte in Marokko, Tunesien und Ägypten gestartet. Das erste Projekt mit dem Namen WEREEMa ist eine Kooperation zwischen dem Bundesland Schleswig-Holstein und Marokko, das von der Europäischen Union und dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit gefördert wird. Das Ziel des zweiten Projekts namens RE-Generation MENA ist, vor allem Studenten in Ägypten und

Tunesien zu befähigen, sich in ihren entstehenden Demokratien dafür stark zu machen, dass ihre Länder die nötigen Rahmenbedingungen für den Ausbau erneuerbarer Energien schaffen. Gefördert wird das Projekt vom Auswärtigen Amt.

- **Ernährung**
  Ein erheblicher Teil der Umweltprobleme resultiert aus der Art der Erzeugung, Verarbeitung, Vermarktung und Zubereitung unserer Lebensmittel. So beansprucht der Ernährungsbereich etwa 20% der in Deutschland genutzten Primärenergie vor allem in Form fossiler Brennstoffe. Die Ernährung ist somit erheblich am Ausstoß klimabelastender Treibhausgase beteiligt. Die Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“ des Wuppertal-Instituts für Klima, Umwelt und Energie geht davon aus, dass die Ernährung für ca. 20 % des in Deutschland vorhandenen Gesamtausstoßes von Treibhausgasen verantwortlich sei. Etwa die Hälfte der ernährungsbedingten Emissionen stammt aus der Landwirtschaft und davon der Hauptanteil aus der Produktion tierischer Nahrungsmittel. Ein weiterer großer Teil kommt durch den Handel der Lebensmittel einschließlich Verpackung und Transport zustande. Eine nachhaltige Ernährung soll gleichzeitig Lösungen für die ökologischen, ökonomischen, sozialen und gesundheitlichen Probleme bieten, die mit der Nahrungsmittelproduktion zusammenhängen. Dazu gehören die Bevorzugung pflanzlicher und ökologisch erzeugter Lebensmittel, regionale und saisonale Erzeugnisse, Bevorzugung gering verarbeiteter Lebensmittel und von Frischkost, umweltverträglich verpackte Produkte, fair gehandelte Lebensmittel und genussvolle und bekömmliche Speisen.

- **Nachhaltige Wasserpolitik**
  Die Versorgung der Bürgerinnen und Bürger mit ausreichendem und sauberem Wasser vor Ort gehört zu den Aufgaben der Grunddaseinsvorsorge, für die die Kommunen zuständig sind. Deshalb ist eine nachhaltige Wasserwirtschaft ein Bereich für die Lokale Agenda 21, in deren Rahmen der Umgang mit Wasser so gestaltet wird, dass die Ansprüche der Menschen an ihre Lebensqualität und an ihre wirtschaftliche Handlungsfähigkeit den örtlichen Naturhaushalt weder kurz- noch langfristig überstrapazieren. Vor Ort sind dazu Dialog und Zusammenarbeit zwischen allen Akteuren einschließlich der Privathaushalte notwendig. Handlungsfelder sind Wasserverschmutzung, Wasserverbrauch, Abwassermanagement und Bewusstseinsbildung bei Kindern, Jugendlichen und anderen Bevölkerungsgruppen zum nachhaltigen Umgang mit Wasser. Das Umweltbundesamt hat 2001 ein Aktionshandbuch mit dem Titel *Nachhaltige Wasserwirtschaft und Lokale Agenda 21* herausgegeben, in dem beispielhafte Projekte zum Schutz des Wassers vorgestellt werden, die auch in anderen Gemeinden realisiert werden können.

Weitere Informationen:
Rat für Nachhaltige Entwicklung http://www.nachhaltigkeitsrat.de/uploads/media/RNE-Fact-Sheet.pdf
Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung
http://www.bundesregierung.de/Webs/Breg/DE/Themen/Nachhaltigkeitsstrategie/1-die-nationale-nachhaltigkeitsstrategie/nachhaltigkeitsstrategie/_node.html?__site=Nachhaltigkeit
Fortschrittsbericht der Bundesregierung 2012
http://www.bundesregierung.de/Content/DE/_Anlagen/Nachhaltigkeit-wiederhergestellt/2012-04-18-fortschrittsbericht-2012-reinzeichnung.pdf?__blob=publicationFile
Europäische Kommission, EU 2020 http://ec.europa.eu/europe2020/index_de.htm
Netzwerk Vorsorgendes Wirtschaften http://www.vorsorgendeswirtschaften.de/
Biesecker, Adelheid et al. (Hg.) (2000): Vorsorgendes Wirtschaften. Auf dem Weg zu einer Ökonomie des Guten Lebens
DESERTEC Foundation, http://www.desertec.org/de/
Was ist nachhaltige Ernährung? http://bfeoe.de/wzw/wasist/index.shtml
Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt. Ein Anstoß zur gesellschaftlichen Debatte (2008). Eine Studie des Wuppertal Instituts für Klima und Energie
Umweltbundesamt (2001): Aktionshandbuch Nachhaltige Wasserwirtschaft und Lokale Agenda 21, http://www.umweltbundesamt.de/uba-info-medien/2081.html

Informationspapier 4 Gute Beispiele nachhaltiger Projekte vor Ort

Nachhaltige Entwicklung geschieht vor allem vor Ort. Kernthemen sind neben nachhaltigem Wirtschaften, Klima und Energie, Ernährung und nachhaltiger Wasserpolitik auch Stadt- und Raumentwicklungen und nachhaltiges Bauen.

- **Stadt- und Raumentwicklungen**
  Die Bundesregierung weist der Wirtschaft eine Schlüsselrolle beim notwendigen Umbau zu einer kohlendioxidarmen, ressourceneffizienten Gesellschaft zu. Sie sieht eine enge Verknüpfung zwischen nachhaltigem Wirtschaften und Innovationen, die notwendig sind, um die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands im internationalen Vergleich zu erhalten. Unternehmen werden zunehmend vor der Herausforderung stehen, Antworten auf Globalisierung, Klimawandel und die Verknappung und Verteuerung von Rohstoffen zu finden. Das Ziel, die Rohstoff- und Energieproduktivität zu steigern und möglichst den Ressourcenverbrauch vom Wachstum zu entkoppeln, steht deshalb im Zentrum der Bemühungen. Unternehmen werden diesen Entwicklungen in Zukunft Rechnung tragen und ihre Strategien darauf ausrichten. Daraus werden enorme Chancen für einzelne Wirtschaftssektoren abgeleitet. Besonders in den Bereichen natürliche Ressourcen (Energiesektor, Forstwirtschaft, Landwirtschaft und Nahrungsmittelproduktion, Wasser, Metall), Gesundheit und Bildung wird mit weltweiten Umsatzchancen ab 2020 gerechnet. Im Bereich der Wirtschaft liegen deshalb nicht nur besondere Herausforderungen, sondern auch besondere Chancen für die Nachhaltigkeitspolitik.
- **Nachhaltiges Bauen**
  Die Europäische Union verfolgt mit „Europa 2020 – Strategie für Beschäftigung und intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum“ von 2010 das Ziel, der europäischen Politik eine neue Orientierung zu geben. Wettbewerbsfähigkeit, Produktivität, Wachstumspotenzial, sozialer Zusammenhalt und Konvergenz in Europa sollen durch mittel- und langfristig angelegte strukturelle Reformen gestärkt werden. Diese wirtschafts- und beschäftigungspolitische Strategie ist auch auf Nachhaltigkeit ausgerichtet und zielt auf ein ressourcenschonendes Europa ab.

Beispielhafte nachhaltige Projekte vor Ort

Zahlreiche Städte und Gemeinden in Deutschland haben Agenda 21-Initiativen ins Leben gerufen, die eine nachhaltige Entwicklung vor Ort umsetzen. Dabei spielt zivilgesellschaftliches Engagement eine bedeutende Rolle, zum Beispiel bei der Lösung sozialer Probleme, bei Kultur und Bildung oder bei Ressourceneinsparung und der Nutzung erneuerbarer Energien. Einige Beispiele sollen dies veranschaulichen:

Das energieautarke Dorf Feldheim im Landkreis Potsdam-Mittelmark

Das Dorf Feldheim mit 37 Haushalten und 128 Einwohnern deckt seit Ende 2010 Strom und Wärme aus eigener Produktion und speist Strom in das öffentliche Netz ein. Der Strom wird aus 43 Windkraftanlagen und einer Biogasanlage gewonnen, die auch Wärmeleistung produziert. Diese wird über ein Nahwärmenetz an alle Haushalte verteilt. Finanziell unterstützt wurde der Bau des Wärmeversorgungsnetzes durch Mittel aus EU-Förderprogrammen. Die an das Energieversorgungssystem angeschlossenen Haushalte zeichneten einen Kapitalanteil von 3.000 EUR, die nur Strom beziehen, einen Anteil von 1.500 EUR. Alle profitieren davon, dass die Strom- und Wärmekosten rund 20% unter denen konventioneller Anbieter liegen. Die lokale Energiewende wäre ohne die Mitarbeit der Bürgerinnen und Bürger nicht zustande gekommen.
www.neue-energien-forum-feldheim.de/

Solarcomplex AG

In der Region Hegau-Bodensee in Baden-Württemberg schlossen sich im September 2000 zwanzig Menschen mit dem Ziel zusammen, die Region nachhaltig zu entwickeln. Bis 2030 soll insbesondere die Energieversorgung weitgehend auf heimische regenerative Energien umgestellt werden. Um dieses Ziel zu erreichen, gründeten die Akteure die Solarcomplex GmbH. Das Regionalunternehmen wird heute von rund 750 Gesellschaftern getragen und plant, baut und betreibt regionale Anlagen zur Strom- und Wärmebereitstellung aus erneuerbaren Energien. Gleichzeitig bietet es die Kapital-

beteiligung an diesen Anlagen als ökologische Geldanlage an. Als Miteigentümer des regionalen Energiesystems sind die Bewohner und Firmen vor Ort an der Wertschöpfung aus erneuerbaren Energien beteiligt.
www.solarcomplex.de

Magna Charta Ruhr 2010
Im Zuge der europäischen Kulturhauptstadt RUHR.2010 verpflichteten sich die 53 Kommunen im Ruhrgebiet, zukünftig im Rahmen ihrer kommunalen Beschaffung auf Produkte aus Kinderarbeit zu verzichten und so ihrer globalen Verantwortung gerecht zu werden. Mit insgesamt 5 Millionen Einwohnern kann das Ruhrgebiet mit seinem großen Auftragsvolumen bewusst dazu beitragen, Kinder vor Ausbeutung und gesundheitlichen Gefahren zu schützen. Die Stadt Dortmund hat gemeinsam mit engagierten Akteuren aus Weltläden, Agenda-Büros, Eine-Welt-Zentren und kirchlichen Einrichtungen die „Magna Charta Ruhr" vorangetrieben und damit die Nachfrage nach nachhaltigen und fair gehandelten Produkten gesteigert. Auch daran beteiligt sind Schulen, Nichtregierungsorganisationen, Bildungseinrichtungen, Vereine und Fachbereiche der Stadt.
www.lokaleagenda.dortmund.de

Tausch- und Verschenkmärkte
In Tausch- und Verschenkbörsen geben Bürgerinnen und Bürger gut erhaltene Gebrauchsgüter ab und stellen diese kostenlos oder im Tausch anderen Personen zur Weiternutzung zur Verfügung. Dadurch leisten sie einen wertvollen Beitrag für die Umwelt, denn sie verhelfen Gütern zu einer längeren Nutzungsdauer und schonen dadurch Ressourcen. Zudem können diese Güter an sozial Bedürftige weitergegeben werden. In Dresden hält die „Sozialwarenhalle" z.B. ein Angebot für diese Gruppe bereit. In Hannover bietet das Kaufhaus „fairKauf" gut erhaltene Gebrauchtwaren zu erschwinglichen Preisen an. Ein von Ehrenamtlichen betriebener Verschenkmarkt in Oldenburg ist eine Initiative der Lokalen Agenda 21.
www.oldenburg.de; www.fairkauf-hannover.de; www.qad-dresden.de

Allmende-Kontor Berlin
Das Allmende-Kontor ist ein zivilgesellschaftliches Pionierprojekt, das auf dem 2009 stillgelegten innerstädtischen Flughafen Berlin-Tempelhof aus einem breiten Netzwerk von AktivistInnen aus verschiedenen Berliner Gemeinschaftsgärten und aus Projekten der urbanen Landwirtschaft entstand. Ein Garten wurde angelegt, in dem rund 700 Akteure unterschiedlicher Nationalitäten und sozialer Schichten gemeinsam partizipatives Engagement für Stadtentwicklung, Klimaschutz, Stadtökologie und Biodiversität leben. Zugleich wurde eine Vernetzungs- und Beratungsstelle für gemeinschaftlich organisierte Garteninitiativen in Berlin aufgebaut.
http://www.tempelhoferfreiheit.de/mitgestalten/pionierprojekte

Kempodium –Allgäuer Zentrum für Eigenversorgung als gutes Beispiel für vorsorgendes Wirtschaften
Seit 2000 bauen BewohnerInnen von Kempten und die Münchner Forschungsgesellschaft anstiftung ggmbh in Kempten das Allgäuer Zentrum für Eigenversorgung KEMPODIUM auf. In den Räumen einer ehemaligen Tischlerei bietet die anstiftung ggmbh eine räumliche Infrastruktur für Aktivitäten zur regionalen Eigenversorgung an: In professionell ausgestatteten Werkstätten können BesucherInnen Gebrauchsgegenstände aus regionalen Hölzern anfertigen, in der Kochwerkstatt bringen sie Allgäuer und internationale Spezialitäten aus regionalen Lebensmitteln auf den Tisch, auf der Bühne treten lokale LaienschauspielerInnen und Profis aus dem In- und Ausland auf. Weiter finden regelmäßig Bauernmärkte und Jahreszeitenfeste statt, die das KEMPODIUM bisweilen zu einem Besuchermagneten des Allgäu machen. Ziel des Gesamtprojekts ist es, die regionalen Ressourcen kultureller, ökonomischer und sozialer Art (wieder) zu entdecken und zu nutzen, die Region als überschaubaren Lebensort mit zu gestalten und so einen Beitrag für Nachhaltigkeit zu leisten.
http://www.vorsorgendeswirtschaften.de/kempodium.html

Weitere Informationen:

Rat für Nachhaltige Entwicklung http://www.nachhaltigkeitsrat.de/uploads/media/RNE-Fact-Sheet.pdf
Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung
http://www.bundesregierung.de/Webs/Breg/DE/Themen/Nachhaltigkeitsstrategie/1-die-nationale-nachhaltigkeitsstrategie/nachhaltigkeitsstrategie/_node.html?__site=Nachhaltigkeit
Fortschrittsbericht der Bundesregierung 2012
http://www.bundesregierung.de/Content/DE/_Anlagen/Nachhaltigkeit-wiederhergestellt/2012-04-18-fortschrittsbericht-2012-reinzeichnung.pdf?__blob=publicationFile
Europäische Kommission, EU 2020 http://ec.europa.eu/europe2020/index_de.htm
Netzwerk Vorsorgendes Wirtschaften http://www.vorsorgendeswirtschaften.de/
Biesecker, Adelheid et al. (Hg.) (2000): Vorsorgendes Wirtschaften. Auf dem Weg zu einer Ökonomie des Guten Lebens
DESERTEC Foundation, http://www.desertec.org/de/
Was ist nachhaltige Ernährung? http://bfeoe.de/wzw/wasist/index.shtml
Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt. Ein Anstoß zur gesellschaftlichen Debatte (2008). Eine Studie des Wuppertal Instituts für Klima und Energie
Umweltbundesamt (2001): Aktionshandbuch Nachhaltige Wasserwirtschaft und Lokale Agenda 21, http://www.umweltbundesamt.de/uba-info-medien/2081.html

Informationspapier 5 Rio + 20 – Ergebnisse und Herausforderungen

UN Konferenz Rio + 20

Das Ziel der Konferenz über nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen (United Nations Conference on Sustainable Development UNCSD – Rio + 20) war es, 20 Jahre nach dem Erdgipfel in Rio de Janeiro erneut die politische Verpflichtung der Staaten für nachhaltige Entwicklung sicherzustellen, Fortschritt und verbleibende Lücken in der Umsetzung der Ergebnisse der wichtigsten Nachhaltigkeitsgipfel zu bewerten sowie neue und sich abzeichnende Herausforderungen zu thematisieren. Zwei Themen standen im Zentrum der UN Konferenz, die vom 20.-22. Juni 2012 in Rio de Janeiro stattfand:

- Eine grüne Ökonomie im Rahmen von nachhaltiger Entwicklung und Armutsbekämpfung
- Der institutionelle Rahmen für nachhaltige Entwicklung

Schon vor dem Gipfel hatten sich die Teilnehmenden aus 120 Staaten auf einen Entwurf einer gemeinsamen Abschlusserklärung geeinigt, nachdem tiefe Differenzen über den von Brasilien vorbereiteten Text offen diskutiert worden waren. Der Text mit dem Titel „*Die Zukunft, die wir wollen*“ war u.a. von den europäischen Staaten als zu schwach kritisiert worden. BeobachterInnen bewerteten dieses Vorgehen als Scheitern des Gipfels. Die Erklärung blieb weit hinter den Erwartungen zurück, die an Rio +20 geknüpft waren.

Bewertung der Ergebnisse des Gipfels von Rio + 20

Der Inhalt der Abschlusserklärung blieb vage. Sie enthält kaum substantielle Verpflichtungen oder konkrete Ziele. Die Konferenz erinnerte zwar an das Hauptziel, Armut durch nachhaltige Entwicklung zu bekämpfen sowie an die alten Beschlüsse zu Umwelt und Entwicklung, an Menschenrechte und Entwicklungsziele. Über die Umsetzung von Green Economy angesichts der aktuellen Herausforderungen gab es keine Festlegungen. Nur wenige Fortschritte wurden erzielt: Das UN Umweltprogramm Unep soll in Zukunft finanziell gesichert und von allen Staaten getragen werden. Die UN-Kommission für nachhaltige Entwicklung wird durch ein hoch profiliertes politisches Gremium ersetzt. Bis 2015 soll eine Arbeitsgruppe der UN-Vollversammlung weltweit verbindliche Ziele für nachhaltige Entwicklung entwerfen. Eine Vielzahl von Streitpunkten wurde auf später vertagt. Dieses Dokument spiegelt wider, dass die Staatengemeinschaft nicht in der Lage war, eine Einigung zu erzielen, um die dringenden Probleme im Kontext der Grenzen des Planeten zu meistern.

Im Vorfeld des Gipfels hatten zivilgesellschaftliche Organisationen, WissenschaftlerInnen und (ehemalige) PolitikerInnen das von den Staaten vorgelegte Konzept der Green Economy einer kritischen Bestandsaufnahme unterzogen und an die GipfelteilnehmerInnen appelliert, wirksame Umweltschutzmaßnahmen zu ergreifen. Seit dem ersten Erdgipfel 1992 hat das Wachstumsmodell, das auf endlichen kohlenstoffintensiven Ressourcen basiert, zu steigenden Energiepreisen, schrumpfenden Rohstoffquellen und starken Schäden an Umwelt und Klima in vielen Ländern geführt. Zusätzlich belasten die Finanz- und Wirtschaftskrise der letzten Jahre sowie eine strukturelle Gerechtigkeitskrise und wachsende Ungleichheit zwischen und innerhalb von Staaten die Welt. Schon heute verbraucht die Weltbevölkerung mehr Ressourcen als nachwachsen oder erneuert werden können. Diese Situation wird sich durch kontinuierliches Bevölkerungswachstum eher noch verschärfen. Die Debatten über die Abschlusserklärung „Die Zukunft, die wir wollen“, zeigen die unterschiedlichen Interessen und Erwartungen, die an eine Green Economy gerichtet werden.

1. **Trendumkehr in Richtung einer kohlenstoffarmen und gerechteren Welt nicht gelungen**
   Nicht nur zivilgesellschaftliche Gruppen, auch PolitikerInnen und WissenschaftlerInnen sind von diesem Ergebnis enttäuscht. Die Staaten einigten sich nur auf den kleinsten gemeinsamen Nenner. Neue Impulse gehen von Rio + 20 nicht aus.

2. **Grüner Protektionismus und Green Washing**
   Viele Akteure befürchteten, dass das Konzept der Green Economy nicht die Nachhaltigkeit stärkt. Entwicklungs- und Schwellenländer sowie zivilgesellschaftliche Gruppen sehen darin die Gefahr eines neuen grünen Protektionismus, der durch Ökolabel, Umweltstandards, Patente etc. lediglich grünes Wachstum und die Wettbewerbsfähigkeit der Industriestaaten fördert sowie grüne Arbeitsplätze schaffen soll. Die soziale Dimension von Nachhaltigkeit wurde nicht angemessen berücksichtigt. Grüne Ökonomie kann nur dann helfen, Armut zu

bekämpfen und international Gleichheit herzustellen, wenn sie in nachhaltige Entwicklung eingebettet ist. Deshalb ist ein institutioneller und struktureller Wandel notwendig. Dies wurde in Rio + 20 nicht erreicht.

3. **Überwindung des auf Wachstum begründeten Wirtschaftssystems**
   Das gegenwärtige Wirtschaftssystem basiert auf stetigen Wachstumsraten, Verbrauch von natürlichen Ressourcen und Flächen und wachsendem Konsum. Eine ökologische Modernisierung dieses Wirtschaftssystems führt nicht notwendigerweise zu einer Umkehr, die die bestehenden Strukturen und Ausbeutungsmuster überwindet. Es ist zu befürchten, dass Green Economy auf „Green Washing" reduziert wird.

4. **Unterschiedliche Ausgangsbedingungen zwischen Ländern nicht genügend berücksichtigt**
   Das Abschlussdokument sieht in Green Economy vorrangig ein Zeitfenster für ökonomisches Wachstum und neue Arbeitsplätze in grünen Sektoren. Bei der Restrukturierung von Volkswirtschaften in Richtung kohlenstoffarmer Gesellschaften stehen jedoch die meisten Entwicklungs- und Schwellenländer vor ganz unterschiedlichen Herausforderungen. Länder mit hohen Wachstumsraten wie China und Indien müssen einen Weg finden, um hohe Wachstumsraten und damit verbunden einen hohen Energiebedarf mit einer ressourceneffizienten Ökonomie zu verbinden. Die größte Herausforderung für sich entwickelnde Länder besteht darin, nachhaltige Entwicklung zu verbinden mit Armutsbekämpfung. Aber auch zwischen diesen Ländern gibt es Unterschiede. Green Economy konzentriert sich in einigen Ländern auf landwirtschaftliche Entwicklung, in anderen auf die Entwicklung einer grünen Industrie.

5. **Globale Gerechtigkeit**
   Die Debatte über neue Formen nachhaltiger Wirtschaft wirft angesichts von Ressourcenknappheit und der Grenzen des Planeten die Frage auf, wie verbleibendes Wirtschaftswachstum zwischen den Ländern und Akteuren verteilt wird. Es ist klar, dass das alte Wachstumsmodell, das auf fossilen Brennstoffen und dem Verbrauch natürlicher Ressourcen basiert, heute nicht mehr tragfähig ist. Eine ökologische Umkehr hin zu einem nachhaltigen Wirtschaftsmodell muss auch die Frage nach globaler Gerechtigkeit lösen. Die Industriestaaten tragen die Hauptverantwortung für den Klimawandel, der zum großen Teil auf die Anhäufung von Emissionen infolge der Industrialisierung zurückgeführt werden kann. Schwellen- und Entwicklungsländer beanspruchen für sich, einen ähnlichen Weg zu gehen. Lösungen müssen gefunden werden, wie nachholende Entwicklung ökologisch verträglich stattfinden kann. Hier sind die Industriestaaten auch finanziell gefordert.

Einschränkung von Frauenrechten

Das Abschlussdokument von Rio + 20 beschreibt nicht *Die Zukunft, die wir* Frauen *wollen.* Aus der Sicht von Frauen bilden zunehmende Armut, Ungleichheiten und unwiderrufliche ökologische Schäden ein ernstes Risiko für die Zukunft. Folgende Kritikpunkte wurden von über 200 Organisationen und Einzelpersonen am Ergebnis des Rio + 20 Gipfels vorgebracht:

1. Auf dem historischen Erdgipfel 1992 wurde die Verbindung zwischen *gender* und den drei Komponenten nachhaltiger Entwicklung, Ökologie, Ökonomie und Soziales, von der Staatengemeinschaft anerkannt. Dies führte damals zu einem Aufbruch in diesen Bereichen. Im Gegensatz dazu wurden im Rio+20 Abschlussdokument Frauenrechte und Geschlechtergerechtigkeit an den Rand gedrängt. Eine Analyse der strukturellen Zusammenhänge wurde nicht vorgenommen. In den letzten Monaten hatten konservative Staaten auf internationaler Ebene versucht, hart erkämpfte Frauenrechte wieder rückgängig zu machen. Auch in Rio standen die reproduktiven Rechte als Kernaspekt der Geschlechtergerechtigkeit und der nachhaltigen Entwicklung erneut zur Diskussion und wurden im Abschlussdokument nicht erneut bestätigt. Dies ist ein gravierender Rückschritt. Reproduktive Rechte sind ein Menschenrecht. Der Zusammenhang zwischen nachhaltiger Entwicklung und reproduktiven Rechten war in der Agenda 21 und 1994 im Aktionsprogramm der internationalen Konferenz zu Bevölkerung und Entwicklung (International Conference on Population and Development ICPD) anerkannt worden.

2. Frauenrechte auf Land, Eigentum und Erbschaft werden im Abschlussdokument nicht verpflichtend aufgeführt. Damit werden Frauen vom Zugang zu Ressourcen ausgeschlossen, obwohl ihr Anteil am Bruttoinlandsprodukt in vielen Staaten unverzichtbar ist.

3. Das Recht auf eine gesunde Umwelt wird nicht respektiert. Insbesondere Frauenorganisationen aus Japan forderten ein sofortiges Ende der Atomenergie, weil das Risiko nuklearer Umweltschäden und die hohen Kosten der Atomenergie nicht akzeptabel sind. Jedoch werden radioaktive Verschmutzung und ihre zerstörenden Ausmaße auf Gesundheit und Umwelt überhaupt nicht erwähnt.

4. Frauen, Kinder und Arme tragen die unmittelbaren Konsequenzen des Klimawandels. Zugleich leisten Frauen einen großen Beitrag zu seiner Verminderung und zur Anpassung an die Veränderungen. Im Abschlussdokument wird dies nicht erwähnt.

5. Frauen kultivieren in vielen Ländern Land, das ihnen nicht gehört, und produzieren einen Großteil der Lebensmittel. Knapper werdende Ressourcen führen dazu, dass diese Nahrungsmittelproduktion in Konkurrenz zu Biotreibstoffen, genetisch veränderten Organismen und der Agroindustrie steht, und deshalb Frauen von den Landflächen verdrängt werden, die sie traditionell bewirtschaften und die ihre Existenzgrundlage darstellen. Frauen fordern deshalb ein sofortiges Ende der Landnahme und den Zugang zu natürlichen Ressourcen. Konkrete Maßnahmen zur Sicherung der Rechte von Frauen auf Zugang und Kontrolle natürlicher Ressourcen wurden in die Abschlusserklärung nicht aufgenommen.

Der Gipfel reiht sich ein in eine Reihe von Rückschritten im Bereich Frauenrechte und Gleichstellung. Bei der Sitzung der Frauenrechtskommission FRK 2012 hatten sich die Staaten nicht auf ein Abschlusspapier einigen können. In Rio 2012 sind Frauenrechte und *gender* weit hinter den Ergebnissen von 1992 zurück geblieben. In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, ob der Vorschlag des UN-Generalsekretärs Ban Ki-moon und des Präsidenten der UN Generalversammlung Nassir Abdulaziz Al-Nasser, 2015 eine 5. Weltfrauenkonferenz einzuberufen, zur Stärkung der Geschlechtergleichheit beitragen kann oder ob eine eventuelle Neuverhandlung der Pekinger Aktionsplattform nicht zu weiteren substantiellen Rückschritten führen könnte.

Literatur:

United Nations Conference on Sustainable Development (2012): The Future We Want, Abschlussdokument; http://daccess-dds-ny.un.org/doc/UNDOC/LTD/N12/436/88/PDF/N1243688.pdf?OpenElement

Netzer, N./ Detsch, C./ Gross, A./Maihack, H./ Oesterdiekhoff, P./ Wetzig, S. (Hg.) (2012): Really the Future We Want? Civil Society Voices on Rio+20

Women's Major Group Vereinte Nationen Rio+20 Gipfel (2012): RIO+20: Von der Zukunft die wir wollen zu der Zukunft die wir brauchen. Abschließende Stellungnahme der Women's Major Group zu den Ergebnissen der Rio+20 Konferenz, 24. Juni 2012

Unmüssig, B. (2012): Rio 2012. Worüber in Rio nicht geredet wird. Keynote Speech; http://www.boell.de/oekologie/gesellschaft/oekologie-gesellschaft-rio-2012-rede-barbara-unmuessig-14426.html